

Wester-Beitrag

Dienstag, 29. Oktober 1920
11. Jahrg. Nummer 253

Verträgt die
Wahlrechts-
Marken
der
Kommunistischen Partei

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der RPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Landesredaktion: Breslau 10, Kreuzweg 50, Tel. 560 99.
Postkontor: Breslau 544, Nebeffizien: Breslau, Kreuzweg
Straße 50, Tel. 232 02. Geschäftsstelle der Redaktion: Breslau 12-13,
Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Illustrationsredaktion:
Gleitsch, Opernstr. 26, Tel. 4088; Dybeln, Kollwitzstr. 11, Tel. 1864;
Grell: Rühlg. 6, Telefon 2384. Geschäftszeit: von 8-19 Uhr. Geschäfts-
stand am Hauptverlagort Breslau. — Verlag: G. L. G. Verlagsgesellschaft
m. B. G., Breslau. — Druck: „Rubin“ Berlin, G. L. G. Breslau, Kreuzweg 50.

Kriegsverletzte sollen hungern!

Wissell läßt die Auszahlungen sperren — Neue Nachuntersuchung

Berlin, 29. Oktober.

Im Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfragen, der heute im Reichstag zusammentrat, sollten Sparmaßnahmen im Bereich der Versorgung der Kriegsverletzten besprochen werden. Ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums und ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums machten längere Ausführungen über die „katastrophale Finanzlage“. Die Zahl der rentenberechtigten Kriegsverletzten ist von 775.000 auf 814.000 gestiegen. Das Reich sei infolge der schlechten Kassenlage nicht imstande gewesen, die Anforderungen zu erfüllen. Darum habe das Arbeitsministerium zunächst diejenigen Auszahlungen gesperrt, auf die kein Rechtsanspruch vorliegt. Die Reichsverkehrsbehörde sei in manchen Fällen genötigt gewesen, die Hilfe der Länder und Gemeinden in Anspruch zu nehmen.

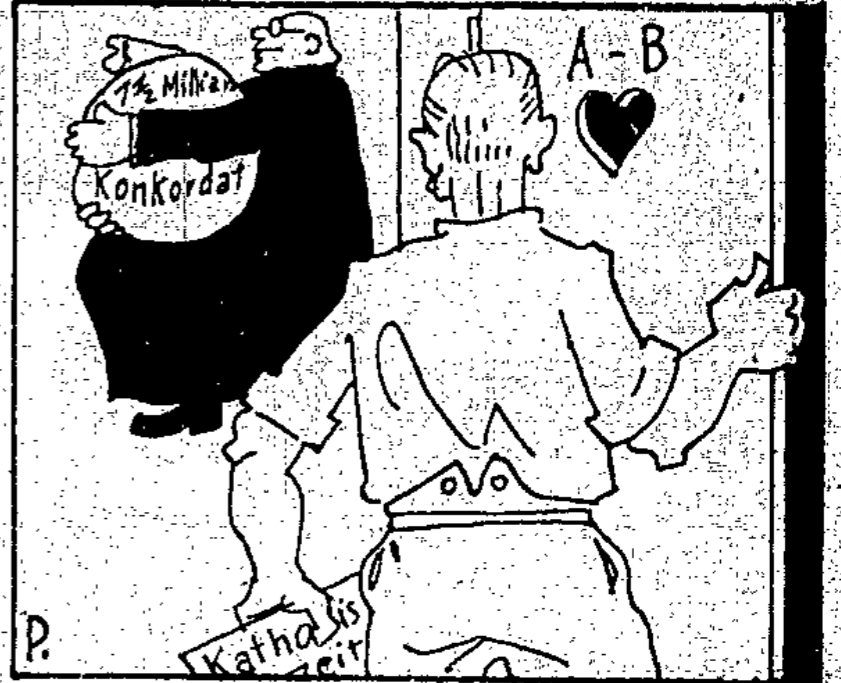
Das Reichsfinanzministerium habe nach und nach 30 Millionen kassiert, aber auch dieser Betrag reichte nicht aus, um die Mehrforderungen zu erfüllen, die sich aus der Steigerung der Zahl der Kriegsbeschädigten ergebe.

Ferner sei die zeitliche Möglichkeit erneuten Rentenbezuges der feinerzeit abgehenden 20prozentigen Rentner — nach 1 1/2jährigem Bestande — aufgehoben worden. Es würden Nachuntersuchungen wieder aufgenommen werden mit dem Zweck festzustellen, ob der Zustand der Beschädigten schlimmer oder besser geworden ist, damit sie nicht weniger, aber auch nicht mehr, als ihnen zustehe, erhalten. Alle diese Maßnahmen reichten noch nicht aus, die Finanznot der Versorgungsämter

voll zu beseitigen und ihre Ansprüche rechtzeitig zu befriedigen. Winterhilfsmassnahmen, wie im Vorjahre vorzubereiten, sei bei der Kassenlage nicht möglich.

Der Abbau der Arbeitslosenversicherung war, wie wir öfters betont haben, nur der Anfang der Offensive gegen die sozialpolitischen Ausgaben. Die neue Krankentafelnovelle (siehe Artikel auf der Beilage) ist ein weiterer Schritt in dieser Richtung. Nunmehr folgt der Feldzug der Müller-Gilberding-Regierung gegen die Bezüge der Kriegsverletzten. Sperrung der Kapitalzahlungen, neue, rigorose Nachuntersuchungen mit dem Ziel, die elenden Renten noch weiter herabzusetzen, sind der Anfang. Hinter den Klagen über die katastrophale Finanzlage des Reiches wird dieser schändliche Plan gegen die Kriegsverletzten verhängt. Auch dieser Streich Wissells zeigt wieder einmal, daß die deutsche Bourgeoisie und ihre Trustregierung entschlossen sind, alle Young-Laken auf die Schultern des werktätigen Volkes abzuwälzen. Ueber die Bezüge der Kriegsverletzten wird jedoch nicht nur im Reich, sondern auch in den Provinz- und Gemeindeparkamenten entschieden. Die Kriegsverletzten werden aus dem Schandstreich Wissells lernen. Sie werden bei den Kommunalwahlen am 17. November der kommunistischen Partei ihre Stimme geben, die den Kampf gegen die Drohung der Ausgaben für die Spitze der Arbeit und des Krieges auf der ganzen Linie aufgenommen hat und die gesamte Bevölkerung gegen die Hunger- und Kriegspolitik der Müller-Gilberding-Regierung mobilisieren wird.

Welche Zeitung liest Du?



So, Wahlen haben schwer zu tragen. Die Kirche hat 'nen guten Magen. Das schwarze Blatt ist, merkt es dir, Katholisches Klotzpapier!

Genosse Marty gewählt!

Paris, 27. Oktober. Bei der heutigen Stichwahl im 13. Pariser Gemeinderat wurde Genosse Marty mit 4918 gegen 4009 Stimmen in den Pariser Gemeinderat gewählt.

Die Wahl im 13. Pariser Verwaltungsbezirk hat am letzten Sonntag den Sieg des kommunistischen Kandidaten, des Helden der Schwarzen-Meer-Flotte Marty, über den Gegenkandidaten der vereinigten bürgerlichen Parteien mit 4906 gegen 4000 Stimmen gebracht. Diese Wahl ist eine Kundgebung des Kampfwillens des französischen Proletariats gegen den imperialistischen Krieg, mit dem die deutsche Arbeiterklasse in brüderlicher Solidarität kämpft. Eine große Kundgebung der Stuttgarter Arbeiterschaft überfandte den meitrenden Matrosen des französischen Kreuzers „Balbec-Rouffeu“, die das Banner der internationalen Solidarität hochhielten, Grüße. Der 13. Berliner Verwaltungsbezirk hat angesichts des Wollkampfes in einem Schreiben an seine Pariser Bruderorganisation die unverbrüchliche Solidarität der Berliner Arbeiterschaft mit dem Kampf der französischen Kommunisten gegen den imperialistischen Krieg zum Ausdruck gebracht.

Sehe gegen die Gesandtschaft der Sowjetunion in Warschau

Der „Kurier Czerwony“ hat einen empörenden Artikel gegen die Gesandtschaft der Sowjetunion gebracht. Schon einige Tage vorher hatte das Blatt Unzufriedenheit über die Uebergabe eines Protokolls, der der Gesandtschaft der Sowjetunion provokatorische Anträge gemacht hatte, an die Polizei und getan. Jetzt kommt das Blatt auf diese Frage zurück und behauptet mit der größten Unverschämtheit, dieser Protokoll, der sich Mironowski nennt, arbeite schon längst im Auftrage der Gesandtschaft der Sowjetunion. Die Gesandtschaft der Sowjetunion hat gegen diesen Artikel beim Außenministerium Einspruch eingelegt. Die Gesandtschaft der Sowjetunion hat in Erfahrung gebracht, daß der der Polizei ausgelieferte Mironowski bereits auf freien Fuß gesetzt wurde. Damit ist die Verbindung Mironowski mit der polnischen Geheimpolizei nochmals bestätigt.

Die Volksbegehren'eite

Der Reichsausschuß für das Deutsche Volksbegehren hat beim Reichsminister des Innern den Antrag gestellt, die Eintragungsfrist für das Volksbegehren zu verlängern, bis der Staatsgerichtshof sein Urteil über die deutschnationalen Beschwerden gefällt habe. Der Reichsminister des Innern hat den Antrag abgelehnt. Für das Volksbegehren haben sich in Groß-Berlin am 26. Oktober 8189 und am 27. Oktober 26.243, zusammen also 34.432 Personen eingetragen. Damit beläuft sich die Gesamtzahl der bisherigen Eintragungen auf 190.007, ist also rückläufig. Ueber das Volksbegehren liegen am Montagabend weitere folgende Siffern vor: Steinf 8446 (196.000 Wahlberechtigte), Situlhund 4320 (25.865), Bässlin 2500 (19.000), Stolz 6000 (21.000), Kreis Stolz 20.000 (26.000), Greifswald 4784 (16.730), Sminemünde 2300 (22.415), Stargard 2300 (12.450), Insel Rügen 6000 (32.164). Stadt Königs-

berg 8477 (207.365), Gumbinnen 1690 (rund 12.000), Marienwerder 1455 (rund 9500), Goldap 600 (rund 5500), Preußisch-Ehlan 231 (2830), Heilsberg 358 (4700), Ragnit 231 (5320), Rößeln 220 (rund 2500), Marienburg 800 (rund 11.000), Ortelsburg 1100 (6400), Reichenburg 1104 (4511), Insterburg 2400 (rund 22.000), Labiau 343 (3630), Heiligenbeil 725 (3410), Zinten 359 (etwa 2300), Johannisburg 218 (rund 2800), Arns 247 (rund 1800), Wiala 220 (rund 1500), Preußisch-Holland 520 (3400), Eßau 300 (rund 7500), Allenstein-Stadt 3300 (rund 25.000), Treuburg 1230 (4122), Elbing 1720 (47.328).

Weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit

In der ersten Oktoberhälfte ist, wie amtlich mitgeteilt wird, die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung von 749.000 auf 784.000, d. h. um rund 35.000 oder 4,7 v. H. gestiegen. Die Zunahme belief sich bei diesen auf 36.000 oder 6,3 v. H. Bei den Frauen fand auch dieses Mal eine, wenngleich sehr geringe, Abnahme (um rund 700 Personen) statt. Von dem Anstieg der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung wurden sowohl männliche wie weibliche Unterstützte getroffen. Sie wiesen zusammen eine Zunahme um 3000 Personen oder 2 v. H. auf und erreichen damit eine Zahl von 165.000.

Neue Uebergriffe gegen die Bank des Fernen Ostens

Moskau, 29. Oktober. Der von den chinesischen Behörden eingeleitete Liquidationsausschuß der Bank des Fernen Ostens in Charkiw richtete an den Vertreter der Deutschen Garantie- und Kreditbank, Schulz, die Forderung, die von der Bank als Gläubiger der Bank des Fernen Ostens im Rahmen einer Abrechnung empfangenen Schuldzahlungen dem Ausschuß zu übergeben. Der deutsche Konsul hat die Räume der Garantie- und Kreditbank versiegelt, um ihre Verschlagnahme zu verhindern. Ueber Schulz wurde Zimmerarrest verhängt.

Neue Besuche Oppositioneller um Wiederaufnahme in die RPD.

Moskau, 27. Oktober. 47 Leningrader Trozkisten veröffentlichten in der „Leningrader Prawda“ eine Erklärung, worin sie die linkerrevolutionären Losungen und die Tätigkeit Trozki im Auslande verurteilen, um Wiederaufnahme in die RPD bitten, und alle Oppositionellen auffordern, ihrem Beispiele zu folgen. Die Unterzeichner, die einer Organisation angehörten, die „sich aus einer politischen Zentrale und aus verschiedenen organisatorischen Formen“ zusammensetzt, und bis zur letzten Zeit in Leningrad bestand, geben zu, daß sie in eine Sackgasse geraten sind, aus der es nur einen einzigen richtigen Ausweg, die Rückkehr zur Partei, geben kann, anderenfalls drohe der Opposition eine unabwendbare „Entartung zu einer von den Massen losgelösten syndikalistischen Sekte“. Die „Prawda“ veröffentlicht eine Erklärung von 57 anderen Oppositionellen über ihre Abkehr von der Opposition.

Die proletarische Revolution kann nicht verboten werden!

Am Sonnabend und Sonntag haben in allen Ecken des Reiches — in Breslau, Steinitz und Schweidnitz, in Hamburg, in Dresden, in München, in Königsberg und in Düsseldorf — die revolutionären Arbeiter gegen das Verbot des Roten Frontkämpferbundes, für ihre proletarische Wehrorganisation demonstriert. Sie haben auch demonstriert durch gewaltige Protestdemonstrationen — sie haben aber vor allen Dingen dadurch demonstriert, daß trotz des Verbotes unter ihrem Schutze der „verbotene“ Rote Frontkämpferbund in voller Uniform aufmarschieren konnte. Der Apparat des bürgerlichen Staates wurde in den brutalsten Formen eingeseht — er hat auf die Arbeiter geschlagen, gestochen und geschossen — aber aller Terror des bürgerlichen Deutschlands kann die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die Arbeiter aufmarschieren, daß sie sich trotz des Verbots ihrer Kampforganisation nicht unterwerfen, daß sie den bewaffneten Gardien der sozialfaschistischen Polizeipräsidenten Widerstand leisten. Immer wieder sammelten sich die auseinander gesprengten roten Arbeiterkolonnen. Der Sonntag hat der Arbeiterschaft schwere Opfer an Verwundeten und Verhafteten gekostet — aber er hat ein leuchtendes Signal des Kampfwillens des deutschen revolutionären Proletariats gegeben.

Die Ereignisse des Sonntags sind mehr als eine einfache Demonstration — sie sind ein Akt des bewußten Kampfes gegen den bürgerlichen Staat, des eisernen Willens, sich seinen Gesetzen, den Gesetzen der Ausbeuterklasse nicht zu unterwerfen. Die Roten Frontkämpfer, die an allen Ecken des Reiches in voller Uniform aufmarschierten, haben dadurch sichtbar bewiesen, wieviel und wie wenig der bürgerliche Staat gegen die kämpfende Arbeiterklasse vermag: seine Gebote sind kein Gesetz, denn wir uns unterwerfen, sie sind Akte einer feindlichen Macht, die wir mit allen Mitteln zu durchkreuzen suchen. Die Leipziger Arbeiter, die die verwundeten Roten Frontkämpfer pflegten, die den Verfolgten bei der Sicherung vor der Polizei behilflich waren — sie haben gezeigt, wie die deutsche Arbeiterklasse zu jenen steht, die die Gesetze des bürgerlichen Staates durchbrechen: einig mit der revolutionären Vorhut im Kampfe gegen den bürgerlichen Staat, solidarisch mit den Opfern des sozialfaschistischen Terrors. Unter dem Schutze des Polizeiknüppels demonstrierten an allen Orten die Faschisten schwarzerer Couleur. Die von den Sozialfaschisten beschlagnahmte Polizei hat überall auf die Arbeiter geschlagen und die Nationalsozialisten geschloßt. Der sozialfaschistische Terror verbündet sich mit dem Aufmarsch der Hitlerbanden. Die Gefahr des Faschismus ist groß — die Landtagswahlen haben bewiesen, daß die nationalfaschistische Demagogie breite Kreise des Kleinbürgertums und selbst unklarer Arbeiterelemente irre zu führen vermag. Vor der revolutionären Arbeiterschaft steht die Aufgabe, die vom Sozialfaschismus begünstigten Nationalsozialisten zu schlagen. Der Sonntag, an

Die Wahlen in Baden

Eine Mahnung zur verstärkten Wahlarbeit für den 17. November

dem in München, in Hilters Hofburg, rote Frontkämpfer in Bundeskleidung demonstrieren, bürgt uns dafür, daß die klassenbewußte deutsche Arbeiterschaft mit Mut und Entschlossenheit an die große Aufgabe der Niederschlagung des nationalsozialistischen Vordrängens herangeht. Das kraftvollste, entschlossenste Auftreten gegen den faschistischen Terror verbürgt in Verbindung mit zäher und klarer Aufklärungsarbeit die Berechnung des Massenverlustes dieser gefährlichen Agenten des Kapitals, die Sammlung aller ausgebeuteten und unterdrückten Massen unter Führung der kommunistischen Partei, die Organisierung der roten Sturmtruppen gegen die kapitalistische Republik. Der entschlossene und zielklare Kampf unter Führung der Kommunisten, der kraftvolle Schlag gegen Sozial- und Nationalfaschismus — das ist der Weg zur Herrschaft des Young-Plans durch die deutsche proletarische Revolution.

Die Bourgeoisie legt gegen die wachsende revolutionäre Welle alle ihre Kräfte ein. Sie will die revolutionäre Vorhut durch ein Verbot an der Arbeit hindern; neben den sozialfaschistischen Vorkämpfern, neben den Terror der Hiltershänden tritt das Verbot zum Schutz der Republik, das ein Verbot zum Verbot der kommunistischen Partei ist. Der Sonntag hat bewiesen, daß die klassenbewußte Arbeiterschaft die Verbotsmaßnahmen des bürgerlichen Staates als einen Schlag gegen sich selbst betrachtet. Die eiserne Mauer der Solidarität, die sich überall an die uniformierten roten Frontkämpfer schloß, ist ein kleines Vorbild für die eiserne Solidarität, mit der alle klassenbewußten Arbeiter in den Betrieben, auf den Dörfern, in allen Arbeiterbezirken der Großstädte die Zellen der verborgenen kommunistischen Partei umgeben werden, wenn sie trotz Verbot ihre revolutionäre Arbeit fortsetzen. Und der Aufmarsch des verbotenen roten Frontkämpferbundes in voller Uniform ist eine weit leuchtende Bestätigung des eisernen Willens der kommunistischen Partei und aller revolutionärer Arbeiter, sich keinen Verbots des bürgerlichen Staates zu unterwerfen, ihre revolutionäre Arbeit unter allen, selbst den schwierigsten Bedingungen, unbeirrt fortzusetzen.

Nun gilt es, in allen Betrieben, in allen Massenorganisationen denselben eisernen Kampfwillen zum Ausdruck zu bringen, der Bourgeoisie zu zeigen, daß sie die kommunistische Partei, wenn sie sie tausendmal verbieten will, nicht verbieten kann und daß die revolutionäre Vorhut unter allen Bedingungen mit der tatkräftigsten Unterstützung der breitesten Arbeiterschaft ihre Tätigkeit, die Organisierung der deutschen proletarischen Revolution, fortsetzen wird.

Die deutsche proletarische Revolution kann nicht verboten werden!

Jörgiebels Mitwisserschaft erwiesen Bergebliche Ablenkungen der SPD.-Presse

(Eigener Bericht.) Berlin, 28. Oktober.

Die „Rote Fahne“ hatte vor wenigen Tagen aufsehenerregende Mitteilungen gemacht über die Verbindung der Bombenattentäter mit der Regierung. Das Zentralorgan der SPD. behauptete mit aller Bestimmtheit, daß Jörgiebel von dem Reichstagsattentat unterrichtet gewesen sei, daß man aber auf Wink von oben die Attentäter ruhig ausfahren ließ, um den Vorwand für das Republikstufengesetz zweiter Auflage, das sich auf schärfste gegen die revolutionäre Arbeiterschaft wenden, zu haben. Die „Rote Fahne“ hatte bekanntgegeben, daß die Polizei bereits seit dem 22. Juli von den Bombenattentat und von dem Attentat auf den Reichstag informiert gewesen sei.

Kunzebricht steht sich der sozialdemokratische Polizeipräsident Jörgiebel gezwungen, endlich auf die Anschuldigungen in der „Rote Fahne“ einzugehen. Der Polizeipräsident muß zugestehen, daß am 22. Juli ein gewisser Fritz Lellentin, der früher einmal Mitglied eines nationalsozialistischen Sturmtrupps gewesen sei, der Polizei Angaben über die Attentate in Schleswig-Holstein gemacht habe. Er habe auch behauptet, daß der Schlageterbund Ende 1928 oder Anfang 1929 die Absicht gehabt habe, Bombenanschläge auszuführen und dabei staatliche Betriebe zu treffen. Die Erklärung des Polizeipräsidenten besagt, daß von einer vorzeitigen Mitteilung des Bombenattentats auf den Reichstag nichts bekannt gewesen sei.

Die Erklärungen Jörgiebels zeigen die Richtigkeit der Behauptungen der „Roten Fahne“. Unter dem Druck dieser Veröffentlichung ist das Polizeipräsidentium gezwungen gewesen, wenigstens zu einem Teil die Behauptungen der „Roten Fahne“ zuzugeben.

Unter dem Druck der Enthüllungen der „Roten Fahne“ wegen der Verbindung zwischen Staatsbedürden und Bombenwerfern hat der Untersuchungsrichter in Angelegenheiten der Bombenwerfer neue Verhaftungen vornehmen müssen. Im Laufe des Sonntags sind in Altona und Umgebung drei Leute verhaftet worden, die in dem dringenden Verdacht der Täterschaft an dem Bombenattentat in Kiel ständen. Damit soll wieder der Öffentlichkeit vorgeführt werden, als wenn die Regierung etwas gegen die Bombenattentäter unternommen würde. In Wirklichkeit sind doch diese Verhaftungen nur Scheinverhaftungen, und gar bald werden auch die jetzt verhafteten Bombenattentäter, genau wie die anderen, wieder auf freien Fuß gesetzt werden. (Siehe besondere Meldung. — Die Red.)

Fürst Bilow gestorben

Fürst Bilow ist am Montagmorgen in Rom gestorben. Die historische Rolle, die Bilow in der Epoche des Imperialismus vor dem Weltkrieg gespielt hat, besteht darin, daß er einer der eifrigsten Förderer der sogenannten Dreihand-Politik war. Er hatte, wie viele andere Imperialisten Deutschlands, das Schwergewicht auf die Erhaltung des Bündnisses mit Italien und Österreich gelegt und durch die räuberische Unterjochung der österreichischen Kriegspolitik auf dem Balkan die Entfaltung des Weltkrieges beschleunigt. Seine viel verkündete Diplomatie hat selbstverständlich auch Italiens Interessen in die Front der Entente gegen Deutschland nicht im geringsten behindern können. Innerpolitisch gehörte Bilow stets zu den engsten Dienern der wachsenden Junckerreaktion und den exponierten Feinden der Arbeiterbewegung.

Die Wahlen in der Tschechoslowakei

Die tschechische Diktatur will mit diesen Maßnahmen den Streik, der eine große Popularität unter den Massen hat, verhindern. Die SP. hat auf diese neue Terrorwelle des Faschismus mit einer verächtlichen Antwort geantwortet.

Am 27. Oktober. In der Tschechoslowakei fanden am Sonntag die Wahlen statt. Nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen des ersten Wahlganges aus 23 von 28 Wahlkreisen erlangten Mandate: die Kommunisten 18, die ungarischen Christlich-Sozialen 6, die deutsche Arbeiterpartei 5, die deutschen Sozialdemokraten 4, die polnisch-jüdischen Parteien 1, die Deutsche Nationalpartei 3, die tschechoslowakischen Nationalsozialisten 22, die tschechoslowakischen Sozialdemokraten 30, die Liga gegen die verbundenen Listen 2 (es sind ihre Spitzenkandidaten Ströbny und Vazba gewählt), die tschechoslowakischen Nationaldemokraten 4, die tschechoslowakische Volkspartei 18, die Republikaner 33, die deutschen Christlich-Sozialen 6, die Gruppe Hlinka der Slowakischen Volkspartei 18 (Ihr Spitzenkandidat Tula ist im Pilsener Wahlkreis nicht durchgedrungen), die Gruppe Juriga der Slowakischen Volkspartei 0, die deutschen Nationalsozialisten 4. Von der Gesamtzahl der 300 Abgeordneten-Mandate sind bisher 183 besetzt.

Streikvorbereitung im Bergbau Polens

Reformistische Abwärtsgangaktion — Massenverhaftungen von Kommunisten

Sosnowiec, 29. Oktober. Der Schiedsspruch der tschechischen Schlichtungskommission, die die Forderungen der Bergarbeiter abgelehnt und lächerlichen Lohnhöherungen für einzelne wenige Kategorien der Bergarbeiter zugestimmt hat, rief eine ungeheure Enttäuschung unter den breitesten Massen der Bergarbeiter in allen drei Gebieten des Kohlenbeckens hervor. Im Dombrowaer Kohlenbecken stammten spontane Streiks auf, die die tschechische Regierung und die sozialfaschistischen Gewerkschaftsböden mit allen Mitteln abzumürgen bemüht sind.

Die kommunistische Partei Polens entfaltet eine Massenkampagne für die Organisierung eines allgemeinen Streiks in der Bergbauindustrie als Antwort auf den tschechischen Schiedsspruch. Auf diese Vorbereitungen der Kommunisten hat die tschechische Diktatur mit der Einsetzung des härtesten Terrors geantwortet. Alle Massensammlungen der kommunistischen Partei in den einzelnen Bergwerken sowie die Versammlungen der kommunistischen Deputierten werden gesprengt und Verhaftungen vorgenommen. Vor vier Tagen wurden Massenverhaftungen von Arbeitern in Oberschlesien und im Dombrowaer Becken vorgenommen unter dem Vorwand, daß diese Arbeiter angeblich Funktionäre der SP. seien.

Vom Tage

Wie die Ringpresse berichtet, haben gestern polnische Panzertruppen und dem Zentrum abgesetzten Brawko Verhandlungen über Umbildungen im Reichsministerium getätigt. Die Deutsche Volkspartei verlangt das Aufheben des Justizministeriums und des Justizministeriums, das Zentrum soll das Reichs- und Wirtschaftsministerium erhalten.

Die bürgerliche Presse entfaltet auf Grund von „Entstaltungen“ des tschechischen Betrügers Bessedowski über „russische Rüstungspläne in Deutschland“ eine infame Hetze gegen die Sowjetunion. Wir kommen auf die Lügen Bessedowskis noch zurück.

Die tschechoslowakische Regierung hat nach den Wahlen ihren Rücktritt erklärt.

Wenn man die Resultate der einzelnen Wahlkreise in den Großstädten überblickt, so ergibt sich daraus, daß die kommunistische Partei in den ausgeprochenen Arbeiterbezirken mehr Stimmen wie die SPD. erhalten hat, zum Teil die gleiche Stimmengahl wie die SPD. erreichte. Trotzdem ist auch in diesen Fällen ein Rückgang gegenüber der Reichstagswahl 1928 zu verzeichnen. Das Interesse der Arbeiter an den Landtagswahlen ist eben bedeutend geringer wie bei den Reichstagswahlen. Daraus erkläre ich, daß gerade in den Wahlbezirken mit proletarischer Bevölkerung die Wahlbeteiligung im allgemeinen schlechter war, wie bei der Reichstagswahl.

Diese Tatsachen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß an dem Stimmenerfolg die Tätigkeit der Partei zu einem Teil selbst Schuld trägt. Es ist nur mit großer Mühe gelungen, die Arbeiter zu erregeln, die von einer großen Zahl der Parteigenossen bei der Durchführung der neuen Linie gemacht wurden; zu überwinden. Insbesondere bei der Durchführung der neuen Gewerkschaftspolitik, bei ihrer praktischen Anwendung in Betrieb und Gewerkschaft, waren bei zahlreichen Genossen starke Hemmungen zu überwinden, so daß diese Politik nur unbestrebend und demzufolge ungenügend durchgeführt wurde. Die Parteileitung muß gegen diese Fehler energischer wie bisher vorgehen.

Wollkommene Selbstkritik läßt auch unser Bruderblatt, der „Klassenkampf“, anlässlich des Wahlausganges. Er schreibt: „Doch die kommunistische Partei gegenüber der Landtagswahl eine erhebliche Stimmengahl zu verzeichnen hat, haben auch wir gegenüber den Reichstagswahlen verloren. Wenn sich das in allererster Linie auch aus dem besonderen kommunalen Charakter dieser Wahlen ergibt, so stellt das Wahlergebnis trotzdem sehr ernst die Frage vor die Partei: Wie war es möglich, daß besonders der große Verlust der SPD. nach rechts, statt nach links abgegeben worden ist. Uns scheint, daß sich hier die Kritik des Genossen T. H. L. M. an vor wenigen Tagen im Zentralkomitee der Partei an einem präzisem Beispiel als richtig herausgestellt hat. Die Partei hat nicht mit der nötigen Schärfe, Schnelligkeit und Gründlichkeit auf die Demagogie besonders der Nationalsozialisten reagiert. Hinzu kommt schließlich, daß unsere ungenügende Landarbeit und die immer noch nur resormäßig betriebene Aufklärungsarbeit in den Frauen-, Jugend- und Kulturfragen den Bauern und Christen die Arbeit erleichterte.“

Die badischen Landtagswahlen haben aber auch gezeigt, daß die sogenannten kommunistischen Splittergruppen keinen anderen Zweck erfüllen, als der kommunistischen Partei im Interesse der Reaktion in den Rücken zu fallen. Die Trotskyisten haben mit ihrem schlechten Wahlergebnis die verbiente Duldung dafür erhalten. So sind also die badischen Landtagswahlen ein Alarmruf an die Mitglieder der kommunistischen Partei, mit erhöhter Aktivität die Beschlüsse des 6. Weltkongresses, des 10. Plenums und Reichsparteitagess wirklich durchzuführen, den Kampf gegen Faschismus und Sozialfaschismus zu verstärken, die Arbeit in den Betrieben und Massenorganisationen, auf dem Lande, unter den Frauen und Jugendlichen auf dem großen Terrain der Kulturfragen zu verbreitern.“

Aus dieser bolschewistischen Selbstkritik unseres Haller Bruderblattes muß auch die Partei in den Bezirken Schlesien und Oberschlesien — in denen Zentrum und Koalitionsozialisten in den ländlichen Gebieten größte Aktivität entfalten — eine Lehre sein. Der Ausgang der badischen Wahlen mahnt die Partei, sofort die gesamte Wahlarbeit noch einmal zu prüfen und die letzten drei Wochen unter Einsatz aller Kräfte zur energischen Mobilisierung der werktätigen Massen auszunutzen.

Unsere Bruderblatt, die „Arbeiter-Zeitung“, in Baden schreibt zum Wahlausgang: Das Ergebnis der gestrigen Landtagswahlen wird keinen Kommunisten befriedigen. Wenn auch die Fraktion um zwei Genossen verstärkt in den neuen Landtag einziehen wird, wenn die Stimmengahl auch gegenüber der letzten Landtagswahl um 8000 Stimmen gesteigert werden konnte, so ist doch der Stimmenerfolg gegenüber den Reichstagswahlen 1928 ein beträchtlicher. Wir Kommunisten haben keine Ursache, diese Dinge zu vertuschen oder zu verharmlichen, wir haben aber auch keine Ursache, deswegen mutlos zu werden. Als Revolutionäre legen wir die scharfe Sonde der Kritik an das Wahlergebnis, um aus den Ursachen zu lernen.

14 000 Flaschen Champagner und ein entgangenes Schmugglergeschäft. L. Paris, 28. Oktober. Auf einem im Hafen von Dünkirchen liegenden Schiff, das die Ausreise nach Amerika antreten sollte, entdeckten Zollbeamte 14 000 Flaschen Champagner, die polfrei aus Frankreich ausgeführt und in die Vereinigten Staaten eingeschmuggelt werden sollten. Die Ware wurde beschlagnahmt, worauf der Dampf seine Reise antrat.

Ausflug auf den japanischen Ministerpräsidenten? — L. meldet aus London: Auf das Leben des japanischen Ministerpräsidenten Hamaguchis ist am Montag in Tokio ein Anschlag verübt worden. Als der Ministerpräsident sein Büro verließ und in das vor dem Gebäude wartende Auto steigen wollte, sprang ein Mann mit einem gezogenen Dolch auf ihn zu. Er wurde jedoch im letzten Augenblick vom Kraftwagenführer an der Durchführung seines Vorhabens gehindert und später von der Polizei verhaftet.

Zwei Tote bei einem Verkehrsunfall. — L. E. fen, 29. Oktober. Am Montagabend fuhr ein Stadler Krach ein Motorradfahrer gegen einen Radfahrer. Hierbei wurden der Motorradfahrer und der Radfahrer getötet, während der Beifahrer des Motorradfahrers schwere Gesichtsverletzungen davontrug.

Lebte lokale Nachrichten

Ein Kind in den Wassertopf gekürt

Als die Witwe Agnes Barwinsky, Lomnitzstraße 30, in der Boyklüche ihre zwei Knaben im Alter von sechs und vier Jahren in der Badewanne badete, stieg in einem unbemerkten Augenblick der vier Jahre alte Knabe auf den Rand des unmittelbar danebenstehenden Wassertops, um ansehend von dort in die Badewanne zu springen. Der Knabe berührte vermutlich den Zinkblechdeckel, wobei dieser zur Seite geschoben wurde. Durch diesen Umstand verlor er das Gleichgewicht und stürzte in den bis zur Hälfte mit heissem Wasser angefüllten Wassertopf. In den Folgen der Verbrühungen ist er im Allereinsten-Hospital verstorben.

Selbstmord

Die Witwe Anna G. vergiftete sich in ihrer in der Rosenstraße gelegenen Wohnung mit Leuchtgas. Nachbarn nahmen einen intermitten Kopfschmerz wahr, der aus der Wohnung der Frau G. drang. Die Tür war verschlossen und, als man gewaltfam eindrang, wurde festgestellt, daß die Sicherheitskette vorlag und die Tür außerdem mit einer dicken Schnur am Pfosten festgebunden war. Frau G. lag auf einem Stuhl in der Küche neben dem Gaskocher, den Schlauch hatte sie vom Kocher gelöst und sämtliche Gähne geöffnet.

Beim Verbot für Politik und Religion: Alfred Thomaz, Breslau; im Goldenburg und Religion: Betrieb und Gewerkschaft Wilhelm Bismarck, Breslau; für Odenrieden Gerhard Schulz, Giesing.

Youngplan - Fünfjahresplan

In den weitesten Kreisen der werktätigen Bevölkerung ist ein steigendes Interesse für den Young-Plan festzustellen. Auf der einen Seite inszeniert Drogenberg mit seinen faschistischen Gaden den Volksbegehrensummel, auf der anderen Seite verteidigen die Sozialdemokraten und die bürgerlichen Koalitionsparteien ebenfalls mit nationalistischen Phrasen den Young-Plan als das „kleinere Übel“, den Plan, der dem deutschen Volke immerhin Ersparnisse von 700 Millionen in diesem Jahre und von 500 Millionen in den folgenden Jahren bringen wird.

Um den Young-Plan richtig zu beurteilen und den sozialfaschistischen und faschistischen Betrug zu entlarven, muß man selbstverständlich die zahlenmäßigen Tatsachen genau kennen und den Massen begreiflich machen. Wer die Zahlen des Young-Planes allein genügt nicht. Wir müssen den Massen den Sinn der Zahlen anschaulich machen. Nichts ist schrecklicher, als eine richtige Gegenüberstellung, und nichts ist gefährlicher als eine falsche Gegenüberstellung. Die Sozialdemokratie operiert mit falschen, verlogenen Gegenüberstellungen, indem sie erklärt: Wir werden jetzt weniger zahlen als nach dem Dawes-Plan. Sie stellen nicht die Klassenfrage: wer überhaupt zahlen wird. Sie sind einverstanden damit, daß die Lasten des Young-Planes, die jährlich mehr als zwei Milliarden betragen, von den Arbeitern und den Werktätigen bezahlt werden. Sie wissen selbst sehr gut, daß die „Ersparnisse“ in Wirklichkeit gar keinen Erfolg bedeuten, da die imperialistischen Siegermächte von Anfang an im Klaren darüber waren, daß die jährlichen 2,5 Milliarden, die im Dawes-Plan vorgesehen waren, auf die Dauer herabgesetzt werden mußten. Das war von Anfang an die Absicht Englands und Amerikas! Von einem Erfolg kann dabei selbst in nationalistischem Sinne keine Rede sein.

Die wahre Bedeutung des Young-Planes werden die Arbeiter am besten aus einem Vergleich zwischen zwei Plänen erkennen, die für das gesamte Leben der Bevölkerung in zwei großen Staaten von entscheidender Bedeutung sind. Diese Staaten sind Deutschland und die Sowjetunion. Und diese Pläne sind der kapitalistische Young-Plan und der sozialistische Fünfjahresplan.

Nach dem Young-Plan müßten die Werktätigen Deutschlands 37 Jahre lang im Durchschnitt 2060 Millionen und 22 Jahre lang weitere 1,6 bis 1,7 Milliarden, insgesamt die ungeheure Summe von rund 120 Milliarden Mark (auf dem Papier 113 Milliarden Mark) den imperialistischen Siegermächten zahlen. Und „Deutschland“, das bedeutet nach den Plänen der Unternehmer und der Sozialdemokratie die arbeitenden Massen Deutschlands. Diese Summe wird entweder verschlungen oder durch schwindelhafte Berechnungen auf dem Papier verringert.

Interessanterweise wird der Fünfjahresplan auch durch eine Zahl beherrscht, die annähernd die gleiche ist. In den nächsten fünf Jahren wird die Sowjetunion den ausländischen Imperialisten keinen Groschen zahlen, dafür aber 64 Milliarden Rubel, d. h.

rund 130 Milliarden Mark, für den Aufbau des Sozialismus investieren.

Freilich wird im Young-Plan nicht direkt gesagt, daß die Arbeiter diese Summen an die imperialistischen Siegermächte zu zahlen haben. „Deutschland“ hat zu zahlen, und das geschieht so, daß die Zahlungen formell auf Konto des Staatshaushaltes fallen. Aber der deutsche Staatshaushalt, das bedeutet Steuern, Zölle, Monopole und damit verbundene Preissteigerungen, die den Arbeiterschaal belasten. Desgleichen die Summen, die die Reichsbahn entrichten soll, und die zur maßlosen Verteuerung der schon ohnehin unerträglichen Fahrpreise führen werden.

In Deutschland dient das Klassenbudget der Republik zur Senkung des Reallohnes. In der Sowjetunion gibt es auch ein Klassenbudget. Hier dient es, wie alle Maßnahmen, der staatlichen Wirtschaftspolitik zur Steigerung des Reallohnes.

In Deutschland verkündet die Großindustrie ganz offen den „inneren Young-Plan“:

Der „innere“ Young-Plan bedeutet:
Arbeitszeitverlängerung und Lohnsenkung für die Arbeiter,
Steuerentlastung und Profitsteigerung für das Kapital.

In der Sowjetunion verkündet die Sowjetregierung den Fünfjahresplan:

Steigerung des Reallohnes der Arbeiter um 71 Prozent in fünf Jahren, durchgehende Verkürzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden.

Im nächsten Jahr droht in Deutschland, wenn die Arbeiter die Kapitaloffensive nicht durch revolutionären Kampf abwehren, zahlreicher Kategorien Arbeitszeitverlängerung.

Im nächsten Jahre werden in der Sowjetunion schon eine Million Arbeiter jeden Stunden am Tage arbeiten.

Der kapitalistische Young-Plan schmälert den Anteil des Proletariats an den produzierten Werten um viele Milliarden. Der sozialistische Fünfjahresplan führt zu einer Steigerung des proletarischen Anteils am gesamten Nationaleinkommen, denn das Arbeitereinkommen, der Reallohn, weist nach dem Fünfjahresplan eine Steigerung um 71 Prozent auf, während das Anwachsen des gesamten nationalen Einkommens 50 Prozent beträgt.

Sehen wir uns nun von einer anderen Seite die angeblichen „Vorteile“ des Young-Planes für Deutschland näher an. Der Young-Plan, so heißt es, befreit die Wälder und die Kontrolle des Dawes-Planes, durch die Deutschland unter eine Art von Kuratel gestellt wurde. Der Young-Plan hat das Rheinland „befreit“.

Nun, das sind solche Vorteile, von denen nur die deutsche Kapitalistenklasse, der deutsche Imperialismus und nicht die arbeitenden Massen einen Nutzen haben. Die Abhängigkeit des deutschen Im-

perialismus von den Siegermächten, vom Dollarkapital, vom englisch-französischen Militarismus bleibt übrigens bestehen, und für die Proletarier des Rheinlandes bedeutet die „Befreiung“ nicht die ge-

ringste Befreiung vom Joch des deutschen und internationalen Kapitals.

Die Sowjetunion kennt keine Wälder, keine Kontrolle, weder in offener noch in verhüllter Form. Der Arbeiterstaat ist vom ausländischen Kapital unabhängig und wird auch in Zukunft seine Unabhängigkeit gegenüber den imperialistischen Mächten zu wahren wissen. Der Arbeiterstaat hat die zartlichen Schulden annulliert und zahlt keine Kriegsschuldungen. Wahrscheinlich, die Freiheit von der die nationalistischen Demagogen schwächen, ist in der Sowjetunion wie im ökonomischen und kulturellen, so auch im außenpolitischen Sinne voll auf verwirklicht.

Der Young-Plan und der Fünfjahresplan haben beide für sich die größte weltpolitische Bedeutung.

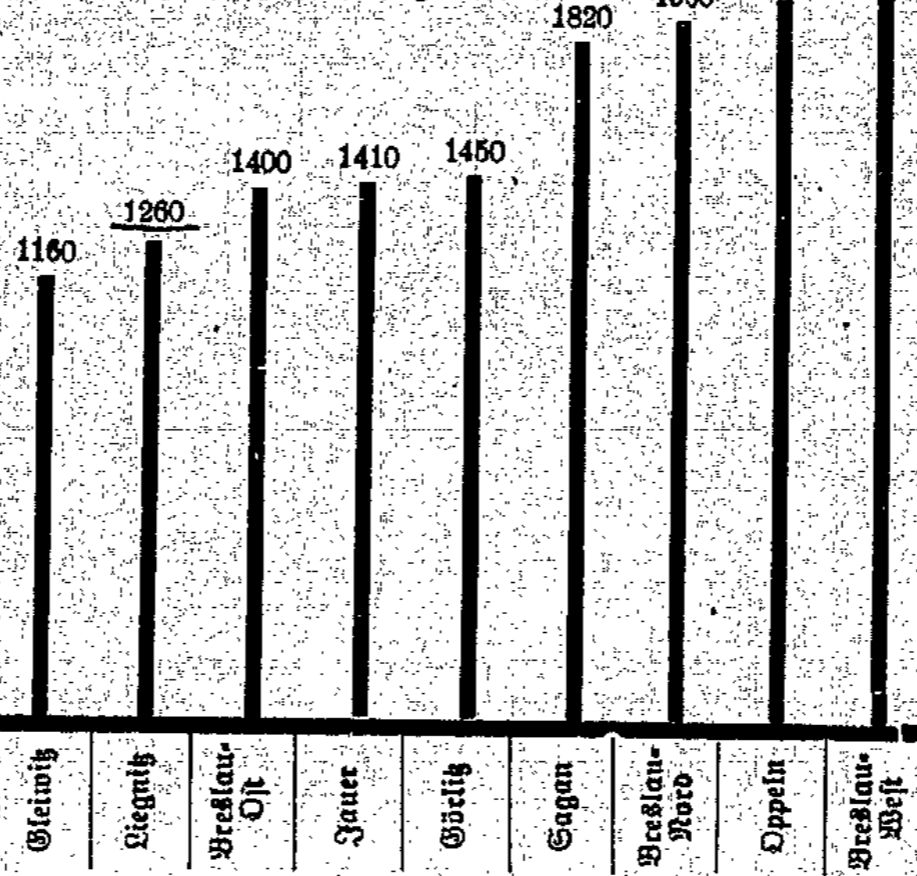
Der Young-Plan beruht auf der Verewigung der bestehenden kapitalistischen Weltordnung. Der Young-Plan selbst ist ein Instrument zur Verewigung des Kapitalismus. Wer den Young-Plan wählt, wählt in Wirklichkeit nicht das „kleinere Übel“, sondern das größte Übel, den größten Fluch der Menschheit: die kapitalistische Gesellschaftsordnung der Ausbeutung und Unterdrückung.

Der Fünfjahresplan der Sowjetunion fördert dagegen nicht nur den sozialistischen Aufbau innerhalb der Grenzen des Arbeiterstaates, sondern fördert auch den Sieg des Sozialismus im Weltmaßstabe. Er erfüllt die Bourgeoisie mit Schrecken und Verwunderung, die Arbeiter der ganzen Welt mit Begeisterung und Inverlicht: der Sozialismus ist möglich, ist kein Traum, sondern lebendige Wirklichkeit, die vor unseren Augen entsteht. Nicht durch „friedliches Hineinwachsen“, sondern durch revolutionären Massenkampf vor und nach der Machtergreifung.

In allen Diskussionen gilt es, durch diese Gegenüberstellung des kapitalistischen Young-Planes und des sozialistischen Fünfjahresplanes die Demagogie der Faschisten und der Sozialfaschisten zu schlagen. Der Wahlkampf steht selbst im Zeichen der Entscheidung: Arbeiter, Werktätige, wählt zwischen zwei Welten: dem räuberischen Young-Plan und dem schöpferischen Fünfjahresplan, zwischen Kapitalismus und Sozialismus, zwischen imperialistischem Krieg und revolutionärem Frieden!

Keine Stimme am 17. November den Verfassern des Raubvertrages, der Sozialdemokraten und den bürgerlichen Parteien! Alle Stimmen am 17. November der Liste der KPD!

An der Spitze!



In der dritten Woche des gesteigerten Verkaufs der Wochenausgabe ist die Zahl der bestellten Exemplare auf 17387 gekiegen. Nun muß weiter vorgestoßen werden! Gebt sofort gesteigerte Bestellungen auf! An der Spitze der letzten drei Wochen steht Breslau-West, Oppeln, Breslau-Nord, Sagan, Gütlich usw. Genossen, nützt die günstige Situation! Werbt unermülich für Partei und Presse!

Krankenversicherungs-Abbau von Bissell geplant

Behrt den neuen Schlag ab!

Die Schwerindustriellen Blätter haben von vornherein gesagt, daß der Abbau der Arbeitslosenunterstützung nur der Anfang sei für die Durchführung eines großen sozialpolitischen Abbauprogramms. Wenn deshalb, wie wir am Sonnabend kurz meldeten, im Reichsarbeitsministerium demnächst eine Besprechung über den Ausbau der Krankenversicherung stattfindet, so darf man von vornherein annehmen, daß es sich auch hier um einen

Abbau der Leistungen

handeln wird. Die Regierung hat bereits bestimmte „Grundsätze“ aufgestellt, die zur Grundlage der Besprechungen dienen sollen. Es soll, der „Völkischen Zeitung“ zufolge, geprüft werden, inwieweit der Preis der Versicherungen (!) und das Ausmaß der Leistungen (!) den sozialen Bedürfnissen (!) besser angepaßt werden können. Insbesondere soll der Familienschutz der Krankenversicherung durch verschiedene Maßnahmen (Krankenhilfe für Familienangehörige, Familienzulagen zum Kranken- und Hausgeld) verbessert werden. Der zweite Teil der Erörterungen wird sich mit dem Aufbau der Krankenversicherung befassen.

Man hat ja bekanntlich auch bei der Arbeitslosenversicherung von einer Verbesserung geredet, während man die Leistungen abgebaut hat. Deshalb muß man ähnlichen Ankündigungen in der Frage der Krankenversicherung mit allergrößter Skepsis gegenüberstehen. In der gegenwärtigen Periode, wo

die Bourgeoisie schärfer als jemals seit November 1918 die Beseitigung aller sozialpolitischen Errungenschaften und den Abbau aller Leistungen verlangt

und durchzusetzen versteht, kann das Geschwätz über eine „Erhöhung“ der Leistungen, bestenfalls als Beruhigungsmittel für die breiten Massen gewertet werden. Wenn schon die Frage, inwieweit der Preis der Versicherungen den sozialen Bedürfnissen angepaßt werden könne, aufgeworfen wird, so weiß man sofort, daß dieser Preis verringert werden soll durch die Ausschaltung bestimmter Kategorien aus der Versicherung. Dasselbe trifft auf das Ausmaß der Leistungen zu, die angeblich „geprüft“ werden sollen.

Der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Bissell wird auch hier ebenso wie in der Frage der Arbeitslosenversicherung den Forderungen der Schwerindustrie nachgeben, wenn nicht die Arbeiterschaft sich mit allen Mitteln zur Wehr setzt und den Abbau verhindert.

Verstärkte Spannung im Fernen Osten

Moskau, 27. Oktober. (Inprelcor.) Die Weißgardisten, die bisher eifrig innerhalb der chinesischen Spionage und in anderen Behörden arbeiteten, beginnen nunmehr demonstrativ in Versammlungen aufzutreten, Aufrufe zu veröffentlichen und offen Gelder für die

Bewaffnung familiärer Emigranten, angeblich zum Selbstschutz, zu sammeln.

Die chinesischen Behörden Chabins lehnten das Gesuch des deutschen Generalkonsuls auf Freilassung aller Frauen aus dem Konzentrationslager von Sumpei, auf Ueberführung aller Internierten aus dem kalten Konzentrationslager in leere Stabgebäude, auf Unterbringung der Familien der Internierten in leeren Eisenbahnwaggons usw. ab.

Der von den chinesischen Behörden eingeschickte Liquidationsauschuß der Bank des Fernen Ostens in Chabrin richtete an den Vertreter der Deutschen Garantie- und Kreditbank, Schulz, die Forderung, die von der Bank als Gläubiger der Bank des Fernen Ostens im Rahmen einer Abrechnung empfangenen Schuldzahlungen dem Auschuß zu übergeben. Der deutsche Konsul hat die Räume der Garantie- und Kreditbank versiegelt, um ihre Beschlagnahme zu verhindern. Ueber Schulz wurde Zimmerarrest verhängt.

Weltplan

Städt. Sparkasse zu Breslau

3. November **2. Groß-Werbetag im Bezirk!**
Setzt alle Kräfte ein. Der Boden ist günstig. Wo bisher gewonnen und die Werbung gut vorbereitet wurde, war auch ein guter Erfolg. Jetzt gilt es nachzustossen und Versäumtes einzuholen. Sonnabend und Sonntag alles für die „Arbeiter-Zeitung“!

Kampf gegen die Klassenjustiz!

Die Opfer des Gastonia-Prozesses

Selben des Klassenkampfes

Die sieben Angeklagten des Gastonia-Prozesses, die letzten in Charlotte zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden sind, gehören zu den besten Vorkämpfern der Arbeiterbewegung der Vereinigten Staaten.

Jack Deal,

zu 20 Jahren verurteilt, 38 Jahre alt, arbeitet seit seinem 14. Lebensjahre als Textilarbeiter, beteiligte sich schon in seiner Jugend aktiv an Streiks, fand sogar als Soldat Streikposten, führte den Streik in Lawrence im Jahre 1922, in Dover 1923, in New Bedford 1920. Von der Sozialistischen Partei trat er bald zur Kommunistischen Partei über. Er gehört zu den Gründern des revolutionären Textilarbeiterverbandes, von dem er im Jahre 1923 in die Staaten entführt wurde, wo er nach Gastonia entführt wurde. Deal war schon oft verhaftet und eingekerkert.

Clarence Miller,

23 Jahre alt, arbeitete in verschiedenen Industriebetrieben, war bald Mitglied des Sozialistischen Jugendverbandes, später des Kommunistischen Jugendverbandes, aktiver Gewerkschaftler, wiederholt verhaftet und verurteilt, seit Mitte Mai in Gastonia zur Organisierung der Jungarbeiter, wurde gleichfalls zu 20 Jahren verurteilt.

George Carter,

gleichfalls 20 Jahre alt, in verschiedenen Berufszweigen als Arbeiter tätig, zuletzt aktiver Mitarbeiter des revolutionären Textilarbeiterverbandes, von dem er nach Gastonia entführt wurde, erhielt ebenfalls 20 Jahre Gefängnis.

Joseph Harrison,

24 Jahre alt. Seit seinem 14. Lebensjahre Textilarbeiter, in mehreren Streiks führend tätig gewesen, wiederholt verhaftet, seit Ende Mai in Gastonia, am 7. Juni beim Überfall auf die Zellkolonie, die dem Polizeichef Aderholt das Leben kostete, verwundet, 20 Jahre Gefängnis.

Die vier am schwersten verurteilten Angeklagten stammen alle aus dem Norden der Vereinigten Staaten.

Louis McLaughlin,

23 Jahre alt, im Süden geboren, seit seinem 13. Lebensjahre Textilarbeiter, seit 1923 in Gastonia beschäftigt, arbeitete bei Strickhaus-

bruch in der Garay-Fabrik, einer der aktivsten Streikenden, zu 15 Jahren verurteilt.

W. M. McInnis,

23 Jahre alt, gleichfalls im Süden geboren, seit frühester Jugend Textilarbeiter, aktiver Gewerkschaftler, erhielt ebenfalls 15 Jahre Gefängnis.

R. D. Gendree,

29 Jahre alt, aus den Südstaaten, seit dem 9. (1) Lebensjahre Textilarbeiter, aktiver Gewerkschaftler, wurde zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt.

Die internationale Arbeiterschaft muß den Kampf um die Befreiung der Opfer der Klassenjustiz, der nunmehr vor dem Obersten Gericht weitergeht, verstärkt unterstützen!

Erfolge des revolutionären Bergarbeiterverbandes in den Vereinigten Staaten

Neusport, 26. Oktober.

Die „Daily Worker“ berichtet, daß dem revolutionären Bergarbeiterverbande in den letzten Wochen 8000 neue Mitglieder beigetreten. Die Spaltung des reformistischen Vereinigten Bergarbeiterverbandes verschärft sich immer weiter. Angesichts der aufgedeckten Verfehlungen, in die auch Verbandsleiter verwickelt sind, ist ein Massenaustritt von Bergarbeitern aus diesem Verbande wahrzunehmen.

Einladung einer Delegation der Berliner Kohrleger zur Oktoberfeier

Moskau, 27. Oktober.

Der Metallarbeiterverband des Moskauer Gebietes hat an die streikenden Kohrleger Berlins die Einladung gerichtet, eine Delegation zur Oktoberfeier zu entsenden.

Abrechnung mit den Textilbürokraten

Quartalsgeneralversammlung des Textilarbeiterverbandes in Langenbielau — Aussprache über die Aussperrung

(Von unserem Korrespondenten)

Ueber die Quartals-Generalversammlung des Textilarbeiterverbandes geht uns folgender Bericht zu: Der Klassenbericht eröfnete den Versammlungsteilnehmern bereits das eigentliche Thema des Tages: Rückblick auf den letzten Textilarbeiterkampf. Trotz des Kampfes, und nach Ansicht Leuchtenbergers eingetretener Siege sind Abgänge zu verzeichnen. Kassierer Herrmann versuchte eine groß angelegte Rechtfertigung für die Zentrale zu bringen, da angeblich aus der Filiale Langenbielau weniger Gelder an die Zentrale abgeliefert wurden, als von Seiten der Zentrale an Unterstützungen für die Filiale verwandt wurden. Das ist ein sehr sonderbarer Grabsmesser. Gewerkschaftsangehelter Leuchtenberger gab einen

Rückblick auf den Textilarbeiterkampf

unter absichtlicher Ausschaltung der entscheidendsten Fragen und Entstellung der bestehenden Zustände. Ausgehend von der Vorkriegszeit und der damaligen geschlossenen Front und einheitlichen Kampfführung, versuchte er den Nachweis zu erbringen, daß heute die Kommunisten die Schuld an der Niederlage in den Wirtschaftskämpfen tragen. Er wagte zwar nicht, dies offen auszusprechen, sondern „deutete an“. Immerhin sei die Offensiv der Textilunternehmer abgewehrt und ein Schiedsspruch von 8 Prozent für Zelllöhner und 7 Prozent für Altkolnöhner herausgeholt worden. Nach Beendigung des Kampfes habe es sich allerdings herausgestellt, daß die Firmen, besonders Dierig, die Zulagen des Schiedsspruches nicht nur nicht umgelegt, sondern darüber hinaus sogar Lohnkürzungen von 25 und mehr Prozent durchgeführt haben. Aber das werde schon das Arbeitsgericht erledigen. Wenn die Arbeiter gewinnen, wird die Firma beträchtliche Summen nachzahlen müssen. Außerdem sei noch eine ganze Anzahl von Arbeitern seit der Aussperrung nicht wieder eingestellt. Das wird sich aber auch noch erledigen lassen. In einigen Wochen werden die Arbeiter wieder arbeiten. Dierig stellt wieder Leute ein. So in diesem Tone gab Leuchtenberger den Bericht.

Genosse Reichel wies in der Diskussion die Anwürfe gegen die Opposition und die Partei zurück. Er zeigte die tatsächlichen Ursachen der Niederlage auf. Warum besteht heute nicht mehr die geschlossene Front aller Ausgebeuteten wie früher? In der Vorkriegszeit war das Gros der Sozialdemokratie gegen den Staat und gegen das Kapital. Aber der Weltkrieg spaltete das Lager in die Kaiser- und Regierungssozialisten und die aufrichtigen und ehrlichen Sozialisten. Die Revolution brachte den Kriegssozialisten einwilligliche Minister- und andere Posten, sie bekamen sich für kapitalistischen Republik und bilden seitdem die beste Stütze des kapitalistischen Staates. Bei einer solchen Stellungnahme kann man natürlich auch nicht anders, als diesen Staat, von dem man die letzte Pfanne bezieht, vor jeder Entfremdung zu bewahren. Man muß also unter allen Umständen verhindern, daß größere Lohnkämpfe ausbrechen, und wenn sie dennoch gegen den Willen der Bürokraten ausbrechen, dann so schmerzlos wie möglich für die kapitalistische Gesellschaft und den Staat erledigen. Das große Interesse für den kapitalistischen Staat macht also die Epochen der Gewerkschaft und die sozialdemokratischen Führer zu Retterhanden des Geldsackes. Das bedarf die Notwendigkeit einer entgegengesetzten Richtung erzeugt wird, die unter allen Umständen, auch gegen die Interessen des Staates und der bestehenden Gesellschaft, das Lebensniveau der arbeitenden Klasse verbessern will, ist verständig und auch notwendig. Das ist die Opposition. Sie muß also auch beim Kampf um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen nicht nur die kapitalistische Gesellschaft und den Staat, sondern auch ihre Stützen, die SPD- und Gewerkschaftsführer, angreifen. Die Kapitalisten versuchen mit aller Gewalt, eine erhöhte Kapitalbildung durchzuführen, werden durch die Nationalisierung Tausende auf die Straße, im Verkehr selbst reduzierten sie die Löhne und verdoppeln gleichzeitig die Extrabelastung. Durch die Erhöhung der Steuern und der Zölle wird die Lebenshaltung der breiten weitausgehenden Massen

gedrückt, die aber wiederum versuchen, sich gegen die rapide Verelendung zu wehren. Eine wachsende Radikalisierung der werktätigen Massen macht sich bemerkbar. Man bedient sich deshalb des Schlichtungsweines, und nicht nur Staat und Kapitalisten, sondern auch die Gewerkschaftsbürokraten sehen in ihm einen Ausweg zur Niederhaltung der rebellierenden Massen. Man verlangt vom Arbeiter unbedingte Loyalität, trotz stetig sinkenden Lebensniveaus. Dort, wo die Arbeiter den Schlichtungsweine nicht mehr anerkennen, und über die Hungerflehdsprüche hinaus für eine wirkliche Verbesserung ihrer Lebenslage kämpfen, dort werden die Kämpfe von den Gewerkschaftsbürokraten als „wilde Streiks“ erklärt und, wie der Kohrlegerkampf in Berlin beweist, Streikbrecher gesucht! Der Staat läßt die Kampfführer verhaften, und die bürgerliche und die sozialdemokratische Presse, einschließlich des „Proletariats“, freuen sich über die Verhaftung und Einlieferung der Kampfleitungen.

Wie sieht der „Erfolg“ des Kampfes aus? Was ist erreicht worden? Die Opposition hat bereits vor Beginn des Kampfes auf die Kampfmethoden aufmerksam gemacht, die zu einer Niederlage führen müssen. Heute fragen wir, ob unsere Behauptungen eingetroffen sind? Leuchtenberger hat selbst bestätigt, daß in fast allen Fabriken Differenzen bestehen, die durch Klagen vor dem Arbeitsgericht erledigt werden müssen. Wie erledigt das Arbeitsgericht diese Klagen? Die Gewerkschaftsführer schwanzeln und appellieren an das Ehrgefühl der Kapitalisten. Wieniemiński vom Hauptvorstand jagte beim Arbeitsgericht:

„Er sei erkannt, daß die Firma Diezig ihren guten Namen wegen dieses paar Mark aus Spiel jagt!“

Mit diesem Schmus versucht man die Unternehmer zu bewegen. Wir als Arbeiter sind davon überzeugt, daß die Unternehmer nicht durch solche, gebalgte Redensarten zu bewegen sind, menschenwürdige Löhne zu zahlen, sondern daß man kämpfen muß. Selbst nach den Angaben der Gewerkschaftsführung sind von Dierig noch 150 Arbeiter, von Flechtner 90, von Frölich noch 8, von Meyer Kaufmann noch 60, von Dierig in Sachsch noch 114, und in Rengersdorf bei Meyer Kaufmann noch 23 Arbeiter nicht wieder eingestellt. Soviel Opfer hat selbst ein Kampf in der Vorkriegszeit nicht gekostet. Heute zu sagen, daß sie bald wieder Arbeit erhalten werden, ist eine Behauptung, die jeder Grundlage entbehrt. Fest steht, daß alle Altkolnöhner, besonders in der Weberei und anderen Gruppen die Arbeiter, die früher zwei Stühle bedienten, heute drei und vier Stühle bedienen müssen. Wenn heute noch etwa 50 Prozent der Dierig-Weber auf der Straße liegen, zeigt das eben, daß ein gewaltiger Teil keine Arbeitsmöglichkeit mehr erhalten wird. Was droht diesen Arbeitern? 26 Wochen Erwerbslosenunterstützung, dann einige Wochen Krise, und schließlich die horrende Wohlfahrtsunterstützung, bei der der Arbeiter bestimmt zugrunde gehen muß. Wenn hier die Aufforderung wieder an die Arbeiter gestellt wird, keine Unterschriften zu leisten als vorübergehend Eingestellte, so muß man doch wissen, daß

der Gewerkschaftsführer und Stadtrat Leuchtenberger einen kapitalistischen Arbeiter brüßlos machte mit der Begründung, er sei nur vorübergehend eingestellt gewesen, und zwar fünf Jahre lang.

Genosse Reichel wies nach auf Grund der Tätigkeit der Gewerkschaftsbürokratie und der Notwendigkeit des Kampfes der Arbeiterklasse um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen auf den Kongress der Gewerkschaftsopposition hin. Dort wird sich die Kraft vereinen, die in der Lage ist, Wirtschaftskämpfe mit revolutionärer Strategie zum Siege der Arbeiter zu führen.

Die Auflage der oppositionellen Arbeiter gegen die Gewerkschaftsführung läßt natürlich die größte Mut und Notwendigkeit bei Leuchtenberger auf.

In seinem Schlusswort erging er sich in persönlichen Angriffen. Er war der Kollege Reichel könnte noch nichts von den Kämpfen der Vorkriegszeit wissen, weil er noch gar nicht war. (Kur-

wer mit dem Bolschewik und dem Mitgliedsbuch der SPD. und dem der freien Gewerkschaft schon auf die Welt kommt, kann als vollgültig angesehen werden.)

Der Gemeindefahrer S o m m e r sei sich selber schuld, warum habe er die Unterschrift gegeben. Die rechtliche Grundlage (1) zu seiner Entlassung sei gegeben gewesen. Wie sich Demagogie mit Gemeinheit paart, zeigte Leuchtenberger bei seiner Motivierung über die Abmürzung des Textilarbeiterkampfes. Er sagte wörtlich:

„Die Kommunisten können uns dankbar sein, daß wir den Kampf beendet haben. Sie brauchen wenigstens nicht mehr zu den reaktionären Bauern zu gehen und um die verfaulten Kartoffeln lechzen!“

Wie nennt man die Leute, die so die aufopfernde Tätigkeit der Klassenbewußten Arbeiter würdigen? Salunken!
Aber für die Pöbel, für die Mitglieder der Internationalen Arbeiterhilfe, muß dies ein erneuter Ansporn sein, alles zu tun, um in einem kommenden Kampfe noch mehr Arbeiter vor dem bitteren Elend zu bewahren. Mit Stoff stellen wir heute fest, daß wir durch die Solidarität anderen helfen konnten. Wir werden auch in Zukunft beistehen gehen, wenn es gilt, kämpfende Proletarier zu unterstützen.

Arbeitersport

Breslauer Handballturnierspiele für den 2. November

Männer A-Klasse

14,00:	1. Abt. — 1925, Eichenpar, Kaluz
15,15:	Gandau — Nordost, Gandau, Feist
15,15:	Mochber — 5. Abt. L.-S.-B.-Blas, Schönfeld
10,15:	8. Abt. — Poseidon, Helmutsch, Sänger
11,00:	1807 — 8. Abt., Lohewiese, Nagel
14,15:	7. Abt. — 2. Abt., Eichenpar, Feitisch I
Männer B-Klasse	
9,00:	Silesia — 1925, Stadion, Rlose
10,10:	7. Abt. — Nordost, Eichenpar, Grabowitz
14,00:	Gandau — 8. Abt., Gandau, Striegel
9,00:	7. Abt. — 5. Abt., Eichenpar, Müller
10,00:	1. Abt. — St.-Lissa, Eichenpar, Nowarra
15,00:	8. Abt. — Stabelwitz, Helmutsch, Reichert
11,00:	Poseidon — 1925, Stadion, Walbe
Männer C-Klasse	
8,30:	1897 — 1925, Lohewiese, Kubrich II
9,00:	Stern — Tennis, Stern-Platz, Jattke
14,00:	Südost — 5. Abt., Klittenborn, Baum
11,30:	Silesia — 2. Abt., Stadion, Frenzel I

Jugend A-Klasse

9,00:	8. Abt. — Poseidon, Helmutsch, Feitisch II
9,45:	1807 — 6. Abt., Lohewiese, Tschapp
13,00:	7. Abt. — 2. Abt., Eichenpar, Vater
10,00:	Nordost — 4. Abt., Ostwit, Quarg
10,00:	Gandau — 5. Abt., Gandau, Rinfert
14,00:	Mochber — Neutirch, L.-S.-B.-Bl., Remschin II

Jugend B-Klasse

10,00:	St.-Lissa — 5. Abt., Ostwit, Radwitz
12,15:	Poseidon — Südost, Stadion, Buchwalb
15,00:	6. Abt. — Silesia, Tschansch, Scholz
Sportlerinnen A-Klasse	
10,15:	Silesia — Freiheit, Stadion, Hempel
15,00:	3. Abt. — Bst., Ostwit, Wisch
15,15:	4. Abt. — 1921, Eichenpar, Fichte

Sportlerinnen B-Klasse

(Erfogenannter Verein hat immer Platzbau.)

Vereinigte Theater

Lobe-Theater Von Sonnabend, 26. Oktbr. bis Sonnabend, 2. Novbr. täglich 20.15 Uhr Marius Komödie v. Marcel Pagnol (deutsche Bearbeitung von Bruno Franz)	Thalia-Theater Von Sonnab., 26. Oktober bis Sonnabend, 2. Novbr. täglich 20.15 Uhr Die Bekehrung des Ferdinand Pistora Sonntag, 27. 10. und Dienstag, 29. 10. 15.30 Uhr Was ihr wollt Suffspiel v. W. Shakespeere
--	---

Rechts- u. Steuerberatung

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. 36 300
Tägliche 8 Uhr
Letzte 3 Tage
Der sensationserfolg!

Friederike
mit Kammerlager
Willy Thunis
und
Lotte Carola
zu volkstüml. Preisen
1,-, 2,-, 3,- u. 4,50 M.
Mittwoch, den 24. 10. nachm. 4 Uhr

Rotkäppchen und der Wolf

Sie verdienen Sie täglich
10 Mark mit Schürchenkel
Nur persönl. kommen

Reste
In Serge, Kiffel, Geinwand, Armeeliefer Rohhaar, Garn, Knöpfe Kernseife, Erdal alles sehr billig prima Ware
Detail und Engros
Barth. Lippart
Breslau
Heinrichstraße 16
Nillale: Oberstr. 17
Weißbergergasse 43

Rent-, Straf-, Ehesachen usw. Rechtsauskünfte Lohnsteuer-Erstattungsanträge für 1929
werden sachgemäß und billig erledigt
b e i
Rudolf Dux
Waldenburg
Ring 2
(Eingang am Zellungsstand)

Quabis-Brot
macht Wangen rot

Erwerbslose und Betriebsarbeiter! Heraus zur öffentlichen

Versammlung

Donnerstag 31. Oktober, 20 Uhr im „Bergkeller“ Klutschkastraße

Reichstagsabgeordneter Genosse S. Kädel - Dresden

Mitglied d. sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages spricht über:

„Arbeiterschaft, Sozialpolitik, Kommunalwahlen“

Kommunistische Partei Deutschlands Landes-Erwerbslosen-Ausschuss Schlesien

Donnerstag letzte Stadtverordnetenversammlung

Die Breslauer Stadtverordnetenversammlung bereitet sich auf ihr Ende vor. Donnerstag will sie auseinandergehen, falls nicht die große Zahl der auf der Tagesordnung stehenden Vorlagen noch eine weitere Sitzung notwendig macht.

Zwei Anfragen unserer Genossen, ob und in welcher Höhe Zuschüsse für die finanzielle Unterstützung der Deutschen Kampfspiele, die nächstes Jahr in Breslau stattfinden sollen, erfolgt sind, bzw. in der der Magistrat um Auskunft über den Umfang und die Höhe der Verfehlungen städtischer Beamter durch die in Konkurs geratene Firma Caspar Birch er sucht wird.

Außerdem noch folgende Vorlagen: An der Friedrich-Ebert-Schule im Zimpel soll ein Flügelanbau errichtet werden, dessen Kosten auf 507 000 Mark festgelegt sind. Feuerchutzmaßnahmen im Hauptelektrizitätswerk Scheibenberg und in vier Unterwerken erfordern einen Aufwand von 50 000 Mark. Mittelung des Magistrats, daß der von der Bauverwaltung ausgearbeitete Entwurf eines Turnhallenbauwerks an der Hellerstraße, der einen Kostenaufwand von 142 000 Mark nötig macht, auf ein Jahr vertagt werden soll.

Die Kommunistische Partei hat für die Provinziallandtagswahl folgende Kandidatenliste aufgestellt:

- 1. Wollweber, Ernst, Parteifeldtr., Breslau, 2. Walger, Josef, Vorzeigendreher, Waldenburg, 3. Laube, Carl, Bauarbeiter, Grünberg, 4. Staudt, Florentine, Lehrerin, Breslau, 5. Hirsch, Carl, Geschäftsführer, Schweidnitz, 6. Heiden, August, Kaufmann, Weißwasser, 7. Schulz, Robert, Arbeiter, Breslau, 8. Müller, Hermann, Maurer, Langenbielau, 9. Kobens, Christian, Arbeiter, Schmiedeberg, 10. Kleiner, Gustav, Maurer, Ohlau, 11. Mittelstedt, Wilhelm, Arbeiter, Nieder-Rastern, 12. Schwarzer, Paul, Heizer, Habelschwerdt, 13. Härtel, Frieda, Arbeiterin, Böllitz, 14. Langer, Carl, Metallarbeiter, Freiburg, 15. Geppert, Karl, Transportarbeiter, Sagan, 16. Brendel, Kurt, Metallschleifer, Görlitz, 17. Dentrup, Paul, Zimmermann, Gohrau, 18. Bräuner, Wilhelm, Bürohilfsarbeiter, Landeshut, 19. Franz, Frieda, Zerstellerschülerin, Wilschlegelndorf, 20. Proste, Emil, Zimmerer, Pelsertwitz, 21. Heintze, Heinrich, Maurer, Peterwaldbau, 22. Stoffel, Robert, Tischler, Oels, 23. Janga, Thomas, Bauarbeiter, Glogau, 24. Welzel, Stanislaus, Glasarbeiter, Kauscha, 25. Vogel, Theodor, Dachbeder, Bunzlau, 26. Hempel, Willi, Arbeiter, Penglitz, 27. Grünzel, August, Arbeiter, Striegau, 28. Neumann, Emma, Hausfrau, Breslau, 29. Hegel, Fritz, Gärtner, Briesg, 30. Kolberg, Carl, Hilfsmonteur, Breslau-Carlowitz, 31. Hoffmann, Carl, Stellmacher, Koberwitz, Kr. Breslau, 32. Pöstel, Bertha, Arbeiterin, Sagan, 33. Thiel, Max, Sattler, Lauban, 34. Janke, Bruno, Steinarbeiter, Streßeln, 35. Heintze, Josef, Arbeiter, Breslau, 36. Walprecht, Wilhelm, Tischbauarbeiter, Rausung, 37. Scholz, Oswald, Dreher, Breslau, 38. Dombrowski, Arthur, Mediziner, Breslau, 39. Knappe, Paul, Arbeiter, Breslau, 40. Kleiner, August, Schuhmacher, Breslau, 41. Otte, Emilie, Hausfrau, Waldenburg, 42. Reimann, August, Geschäftsführer, Breslau, 43. Ulrich, Arthur, Mechaniker, Görlitz.

Auf dieser Liste befinden sich zum ganz überwältigenden Teil Arbeiter, die noch heute im Betriebe stehen oder infolge ihrer revolutionären Tätigkeit erwerbslos sind. Soweit es sich um organisationsangestellte Genossen handelt, sind das, wie in der kommunistischen Partei üblich, Arbeiter, die von der Parteiführung aufgedeckt wurden und die sich durch ihre revolutionäre Tätigkeit das Vertrauen der Partei erworben haben.

ihnen gegenüber stehen die Listen der Feinde der proletarischen Klasse, einschließlich der Sozialdemokraten, und — das beweisen die

zum Provinziallandtag eingereichten Listen — einschließlich auch jener, die die Freiheit besitzen, sich als „Kommunisten“ zu bezeichnen. Das ist keineswegs die unermessliche Frau K. p. l. e., die für den „Leninbund“ — Lenin kann sich gegen diese Beschuldigung seines Namens nicht mehr wehren — kandidiert. Sie will wohlheilig wissen, wieviel „Anhänger“ sie noch im Lande Schellen hat. Das wäre einfacher festzustellen gewesen; eine Abzählung der Kommunistenmitglieder der Frau K. p. l. e. hätte genügt. Würde dieser Gruppe „linker“ Kommunisten stellen sich die „Rechten“. Zwei behaupten sie jetzt schon länger als ein Jahr, die kommunistische Partei wäre konter, was sie aber nicht gehindert hat, den guten ehelichen Namen der „Konkrotten“ Partei zu missbrauchen und sich größtmöglich „Kommunistische Partei (Opposition)“ zu nennen.

Das ist wohl der beste Beweis dafür, wie das Treiben dieser Leute zu bewerten ist. Aus Haß gegen die Partei liegen und verleumden sie, zur Freude der Sozialdemokraten und des Bürgerlums; wenn es zur Wahl geht, dann wissen sie selbst, daß kein anderer Name bei dem wirtlich klassenbewußten Proletariat einen besseren Klang hat, mehr Vertrauen findet, als der Name „Kommunistische Partei“. Und indem sie diesen der Partei fehlen, glauben sie, im Rücken sitzen zu können. Mühen wird ihnen das nichts. Die „Linken“ sind bei den Wahlen — wählen — immer noch zusammengekrüppelt. Drei Viertel ihrer schon wenigen Stimmen haben sie noch verloren und sind auf der zahlenmäßigen Stärke (etwas mehr als 1000 Stimmen) eines „revolutionären“ Kaffeekränzchens angelangt. Und die „Rechten“? Wir erinnern an die schließlichen Wahlen, bei denen sie, obwohl Sachsen damals noch eine ihrer Hochburgen war, kein einziges Mandat errangen. Das einzige, was beide Gruppen können, ist der Partei die letzten gerade jene Stimmen rauben, die eine stärkere Vertretung der Partei in den kommunal- und Provinzialparlamenten ermöglicht hätten. (Bei der letzten Breslauer Stadtverordnetenwahl bestand der „Erfolg“ des Kuple-Verains darin, daß die Partei kein sechstes Mandat erringen konnte, da sich noch 1000 fanden, die hinter der Frau Kuple — zum großen Teil aus Unkenntnis — ihr Kreuz machten.) Welcher Arbeiter will sich ein verantwortungsloses Spiel mit den Interessen der wertvollsten Bevölkerung mitmachen?

Zur übrigen steht die Liste zur Provinziallandtagswahl wie folgt aus:

- 1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), 2. Deutschnationale Volkspartei, 3. Zentrum, 4. Deutsche Volkspartei, 5. Deutsche Demokratische Partei, 6. Kommunistische Partei Deutschlands, 7. Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei, 8. Deutsche Bauern- und Wirtschaftspartei (Reichspartei des Deutschen Mittelstandes), 9. Deutschsozialistische Partei für Volksrecht und völlige Freiheit, 10. Für Handwerk, Gewerbe und Hausbefreiung, 11. Kommunistische Partei, Opposition, 12. Linke Kommunisten (Leninbund), 13. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung).

Arbeiter, Angestellter, Beamter, Kleingewerbetreibender, Bauer, merke es dir! Dein Kreuz gehört hinter die Liste 6!

Der Vorverkauf

für die am 9. November im „Schiekwerder“ stattfindende Revolutionsfeier hat begonnen. Eintrittskarten zu 50 Pfennig und für Erwerbslose zu 25 Pfennig in der Buchhandlung, Feldstraße 60, im Verlage der „Arbeiter-Zeitung“, Trebnitzer Straße 50, und bei allen Funktionären der Partei und der befreundeten Organisationen.

Mieter der städtischen Wohnungen

Heraus zur öffentlichen Versammlung morgen Mittwoch, 19.30 Uhr, im „Roten Löwen“, Kupferschmiedestraße 21. Thema: „Hinweg mit der geplanten Mieterhöhung, her mit der Mieterlenkung!“ Freie Aussprache! Stadtverordnete werden dazu eingeladen!

Alle Angehörigen und Angehörigen der freien Berufe

Die Mitglieder der Kommunistischen Partei sind, finden sich zu einer wichtigen Besprechung am Donnerstag, 19.30 Uhr, im Sekretariat, Feldstraße 50, ein. Keiner darf fehlen!

Achtung, Einser der!

Infolge Stoffandrangs mußten eine Anzahl Berichte auch heute noch wegleiben. Wir werden sie in den nächsten Tagen veröffentlichen.

Seite, 20 Uhr, Frauenversammlung bei Kabinstraße, Ecke Bod- und Hirschstraße.

Die Novembermiete bleibt, wie der Magistrat mitteilt, unverändert. (Aber nach dem 17. November wird sie, eingekündert, erhöht werden!)

„Opfer des § 218“. Zu dieser Notiz wird uns von einer Verwandten der verstorbenen Frau mitgeteilt, daß laut ärztlicher Feststellung der Tod der Kriegswitwe E. W. infolge Blutharmlutung eingetreten ist.

Schauspielhaus. „Friederike“ mit Kammerjäger Willi Thunias als Goethe und Lotte Carola als Friederike bleibt nur noch drei Tage auf dem Spielplan. In sorgfältiger Vorbereitung wird die erste Novität der Spielzeit, „Mazetta“ von Oskar Strauß, einstudiert. Nach Berlin und Wien wird als erste Provinzaufführung in Breslau, „Mazetta“ zur Aufführung gelangen.

Morgen Mittwoch, Wählerversammlungen

im Saale der Wraslawitz, Mauritiusplatz (Referent Genosse Wollweber) und im Gambirinus, Lange Gasse 62, (Referent Genosse August Reimann) Thema: 40 Städtische Beamte bestochen — Misset den Korruptionsfall aus! Eintritt frei! Massenbesuch wird erwartet!

„Himmel, Hölle und auf Erden“

Die Freidenkerrevue der „Trommler“ ist unter den Genossen, die der Donnerstagsaufführung beiwohnten, lebhaft besprochen worden. Wir lassen nachstehend zwei uns zugegangene Kritiken folgen, die beweisen, daß über die kritische Revue sehr viel Kritik zu sagen ist, Kritik, die vorerst nur angebeutet werden soll, da wir die Hoffnung haben, daß sich die „Trommler“ noch auf ihre bisherige Rolle befinden. Die beiden Kritiker-Genossen schreiben uns:

So heißelt sich die Freidenker-Revue, die erste ihrer Art in Deutschland, die von der Arbeiter-Schauspielertruppe „Die Trommler“, unter der Leitung von H. A. A. u. s. t. am vergangenen Donnerstagsabend in den „Zentralbahnhallen“ zum ersten Male über die Bretter lief. Es ist ziemlich verständlich, um es voraus zu sagen, daß der kritische Aufbau dieser Revue darunter zu leiden hatte, daß die führenden Männer der Freidenkerbewegung auch in Breslau verdrängt, aus der ehemaligen Klassenkampforganisation ein Unterhaltungsinstrument sozialdemokratischer Koalitionspolitik zu machen. Diese Schwierigkeiten stellten sich auch scheinbar dem Verfasser der Revue hindernd in den Weg. Nichtsdestoweniger konnte man feststellen, daß in einzelnen sehr wirkungsvollen Szenen bei der Gegenüberstellung gewisser Dinge Tatsachen gekennzeichnet wurden, die einem großen Teil der Anwesenden, soweit sie zu dem Freundeskreis des Herrn Pietsch gehören, nicht gerade unangenehm in die Ohren klingen haben mögen. S. B. war eine äußerst wirkungsvolle Szene der Augenblick, wo in der Hölle im Radlo nacheinander Mussolini, Sowjetrußland und das Deutschland der Herren Müller, Grefenst, Braun usw. zu Worte kamen. An einer anderen Stelle erwähnt man sogar — Herr Pietsch mag Bauchgrimmen bekommen haben — neben Marx und Engels den Namen Lenins. Den Höhepunkt der Revue bildete zweifellos das Schauspiel, eine von Wolfgang und mir kritisch bearbeitete Opern-Parodie, die den Einzug der Hölle

in Preußen-Deutschland, den Ruchhandel und den Abschluß des Kontordats behandelt. Schade, Schade, auch hier wurde „vergessen“, die eigentlichen Verantwortlichen für den Abschluß des Kontordats zu nennen.

Im ganzen gesehen, war der Abend ein voller Erfolg, was auch durch den oft stürmischen Beifall des überfüllten Saales zum Ausdruck kam. Die glänzend gestellten Bühnenbilder, die charakteristisch treffend durchgearbeiteten Rollen, ein flottes Spieltempo und eine gute Betonung der einzelnen Szenen und Schlager, alles zusammen wirkte. Wir sind der Überzeugung, daß diese Freidenker-Revue noch besser ausgefallen wäre, wenn an Stelle der Pietsch und Co. wirkliche, profetarische Freidenker verantwortlich gezeichnet hätten, die durch feinerer Bindungen mit sozialistischen Ministerngenossen zu einer Veranschaulichung der Wahrheit genötigt sind.

Die Revue „Himmel, Hölle und auf Erden“ ist eine Freidenkerrevue, die die „Trommler“ im Auftrage und für Rechnung des „Bundes für Freidenkertum und Feuerbestattung“ in den verschiedensten Orten Schlesiens im Rahmen einer Tournee durchzuführen. Alle positiven der „Trommler“ sind nicht mehr. Ihre stärksten Leistungen, die im politisch-revolutionären Kabarett, aber auch in pathetischen Szenen gipfelten, wo waren sie? Ziel und Zweck der Revue war, die Kirche usw. — als die größten Feinde des Proletariats und seiner Klassenkämpfaktionen zu entlarven“. Abgegeben von diesem Irrtum (größter Feind) — das Ziel wurde auch nicht annähernd erreicht. So geht das eben nicht; ein paar Szenen aus dem Himmel, einige Hölleproletarier — und so fort. Unerträglich ist die Beschlüßfälligkeit, die der Verfasser in dem sonst ausgezeichneten vokalischen Silbe begeht. Es handelt sich um das Kontordat, das, aufzufolge, eine Angelegenheit ist, die zwischen schwarzkreuzten Monisten heiden und dem Merus ausgetragen wird. Wenn die Judasrolle der SPD verschwiegen wird, wenn betarig historische Tatsachen gefälscht

werden, dann fällt es dem bombastischen Pietsch allerdings leicht, sich als „Peitschenwinger der Satire“ hinzustellen. Verantwortlich dafür ist Aufs, der schreibt, daß ihm „bezüglich der Wahl des Stoffes, des Themas und der Spielform vollkommen freie Hand“ gelassen worden ist.

Es erweist sich aufs neue, daß positive Leistungen des Arbeiter-Theaters nur möglich sind, wenn die Truppen sich in lebendiger Verbindung mit dem revolutionären Proletariat und seiner Partei befinden. Die „Trommler“ haben noch Gelegenheit wieder zu dem zu werden, was sie waren.

Anmerkung der Redaktion: Es ist ganz unangebracht, Auf hat bei der Textgestaltung mit Rücksicht alles weggelassen, was das Stützrücken der SPD hätte finden können. Wir wollen das offen aussprechen, weil Offenheit immer etwas Gutes ist, und weil es nicht nur nichts nützen würde, sondern sogar vollkommen falsch wäre, den Mantel der betannten christlichen Nächstenliebe über ganz Hal liegende Tatsachen zu breiten. Vielleicht wird von seiten der Trommler gelagt, sie hätten nirgends die SPD verteidigt. Gewiß nicht! Aber das ist auch gar nicht notwendig, um ein falsches Bild entstehen zu lassen. Dazu genügt schon, über bestimmte Dinge zu lachen und ausgebreiteten haben sich die „Trommler“. Bei ihrer Freidenkerrevue derart auffällig, daß selbst sozialdemokratische Funktionäre, die dem Abend im Zentralbahnhallen unter Vertuschung der revolutionären Tradition der „Trommler“ mit einer gewissen Befürchtung entgegengesessen hatten, nachher durchaus befriedigt waren. Das muß zu denken geben.

Wir erwarten, daß die „Trommler“ den Weg, den sie mit der Freidenkerrevue begonnen haben, nicht fortliegen lassen. Sondern sie rechtzeitig darüber Klar werden haben, nicht in der Postkutsch-Führer außerhals des Kreises jener, die offen, ohne Rücksicht auf die Gegner, sagen was ist!

Waldenburger Bergland

Vorwärts, Genossen!

Die Vorbereitung hat am vergangenen Sonntag eingeleitet. Doch fehlen die Meldungen über die Resultate, doch sind wir überzeugt, daß ein guter Anfang gemacht wurde. Viele Arbeiter haben die Wochenendausgabe der „Arbeiter-Zeitung“ gekauft und sich überzeugen können, daß nur die kommunistische Partei ihre Interessen vertreten kann.

Nun gilt es, zum zweiten Großwerbtag zu rücken. War am vergangenen Sonntag die Arbeit im Kohlenrevier durch die Fahrt nach Schwelmitz teilweise gehemmt, so gilt es nun, das dadurch Versäumte nachzuholen. Alle Orte werden wiederum mit der Wochenendausgabe der „Arbeiter-Zeitung“ beliefert werden. Darin werden die kommunistischen Kandidaten zu den Gemeinbewahlen zum Abbruch gebracht. Darüber hinaus muß aus jedem Ort mindestens ein Bericht über die Rolle der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Parteien im Gemeindepametant geschrieben werden, um so an Hand der Dinge, die sich in greifbarer Nähe der Proleten abgespielt haben, den Nachweis zu führen, daß sie sich um die kommunistische Partei scharen müssen. An die Feder, Genossen!

Am zweiten Großwerbtag muß eine rührige Arbeit gemacht werden. Klärt auf, ruft die Klassengenossen! Sie werden euren Ruf hören!

Selbstmord

Im Abbruchgrundstück Dresdener Straße 6a fand man einen Mann erhängt auf. Es liegt Selbstmord vor. Nähere Einzelheiten konnten noch nicht festgestellt werden.

Landeshut

Zwei Jahre Zuchthaus

Wegen Blutschande hatte sich der Franz B. aus Reichenherdorf vor dem Hirschberger Schwurgericht zu verantworten. B. hatte sich an seiner Stieftochter vergangen. Das Schwurgericht verurteilte ihn zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust.

Striegau

In die Fremdenlegion verschleppt. Die Eltern des jugendlichen Friseurs Bartel, der in Dresden in Stellung war, erhielten jetzt von

ihrem Sohn aus Mex die Nachricht, daß er in die Fremdenlegion verschleppt worden ist und nach Afrika transportiert werden soll.

Das Ende der Kastanienallee. Infolge des letzten grimmigen Winters sind hier jetzt sämtliche 100 Bäume der Kastanienallee eingegangen. Die dünnen Bäume sind nun je nach Größe und Umfang

Weshalb noch Überarbeitszeit?

Nachstehenden Artikel entnehmen wir der neuesten Nummer von „Schlegel und Eifen“. Die Nummer ist reich an Material aus dem schlesischen Bergbau und an Betriebsberichten. Bergarbeiter, lest und verbreitet „Schlegel und Eifen“!

Bekanntlich wird in Ober- und Niederschlesien unter Tage acht Stunden gearbeitet. Diese acht Stunden setzen sich aus 7 (in Niederschlesien) bzw. 7,5 (in Oberschlesien) Stunden zusammen, die die eigentliche Schichtdauer ausmachen, und einer bzw. einer halben Ueberstunden zusammen. Diese Ueberarbeitszeit ist ein Produkt der reformistischen Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern. In dem Abkommen, das die Gewerkschaftsbürokraten mit den Unternehmern in Waldenburg am 14. Dezember 1923 abgeschlossen haben, werden die Ursachen und das Ziel dieser Ueberarbeit wie folgt gekennzeichnet:

„Zwischen dem Verein der Bergbauischen Interessen Niederschlesiens und dem Arbeiterverein des Niederschlesischen Steinkohlenbergbaues ist heute folgende Vereinbarung getroffen worden: In Ansehung der Kostlage der deutschen Wirtschaft und der damit verbundenen ungeheuren Arbeitslosigkeit, in Ansehung ferner der besonders schweren Belastung des Bergbaues sind die Tarifparteien über folgendes einig: 1. Die schleunigste Erzielung der Friedensleistung (des Friedensförderanteils) im Steinkohlenbergbau ist unbedingte Notwendigkeit.“

Als Ursache wird also die „Kostlage der Grubenbesitzer“ und als Ziel „Errichtung der Friedensleistung“ angegeben.

Leiden die Grubenbesitzer Not? Befindet sich der Bergbau in einer Kostlage? Nein! Das Gegenteil ist der Fall! Selbst die

mit 0,50 bis 1,25 Mark je Baum losgeschlagen worden, müßten den Käufern jedoch selbst gerodet werden.

Oberes Revier

Auf zur öffentlichen Versammlung

am Sonntag um 14 Uhr in Gottesberg im Hotel „Stadt und Auer“ Alle Genossen treten um 13 Uhr zum Marsch mit Kofelle zum Versammlungsort an.

weniger rentablen niederschlesischen Gruben werfen eine fette Dividende ab. Obendrein gehen ihre Besitzer von den Millionen, die ihnen der Staat in den Mäcken geworfen hat.

Wird den Arbeitslosen durch die Verlängerung der Arbeitszeit in den Gruben irgendwie geholfen? Nein! Gerade das Gegenteil ist der Fall!

Wie steht es mit der Leistung? Diese ist gegenwärtig bedeutend höher als vor dem Kriege. Wir verweisen auf die an anderer Stelle abgedruckten Zahlen von der Heinrich-Grube und führen von einer Waldenburger Grube folgende Zahlen an:

Schichtleistung pro Kopf der Untertagebelegschaft	
Erstes Vierteljahr 1913	0,950 Tonnen
Durchschnitt 1924	0,960 Tonnen
Dezember 1928	1,202 Tonnen

Es ist also eine unabwehrbare Tatsache, daß die Argumente, die beim Abschluß der Verträge über die Verlängerung der Arbeitszeit von der Gewerkschaftsbürokratie angeführt wurden, nicht mehr gegeben sind, oder es auch schon früher nicht waren. Trotzdem denken die Gewerkschaftsbürokraten nicht daran, einen Kampf für die Siebenstundenentscheidung zu organisieren. Weshalb?

Deshalb, weil sie den staatsbehaltenden Parteien der Sozialdemokratie und des Zentrums angehören und als solche nicht für das Wohlergehen der Arbeiter, sondern für die Profite der Unternehmer zu sorgen haben.

Bergarbeiter, organisiert aus eigener Kraft, auch gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokraten, unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition den Kampf für die Siebenstundenentscheidung unter Tage und den Achtstundentag über Tage!

Niederschlesien

Görlitz

Kombinierte Versammlung

Mittwoch 20 Uhr in den Union-Bierstuben. Alle Mitglieder der Partei, Jugend, Arbeiterwehr und der übrigen befreundeten Organisationen müssen erscheinen.

Sagan

Wie es Hermsdorfer Waldbauarbeiterinnen geht

In Hermsdorf suchte die Firma Mannte & Renner Arbeiter und Arbeiterinnen zum Holzsägen. Da das Grubenholz sehr stark war — 20 bis 50 Zentimeter im Durchmesser — beklagten sich die Frauen sowohl über die schlechte Entlohnung als auch über die schwere Arbeit. Die zu schälende Rinde ist sehr dick, so daß sie teilweise mit der Axt entfernt werden mußte. Die Arbeiterinnen waren vom Arbeitsamt Sagan durch die Vermittlerin Frau Hillmann nach dort entsandt worden. Frau Hillmann ist auf mehrere Beschwerden beschäftigter Frauen zu einer Besichtigung in den Wald gekommen und stellte fest, daß die Arbeit als Frauenarbeit gemacht werden kann, da es „ja spielen geht“. Wir empfehlen Frau Hillmann, einmal sechs Wochen lang dieses Holz zu sägen. Nun aber kommt der Knalleffekt: Die Firma hatte zugesagt, eine Mark pro Meter zu zahlen. Der Nachschaffwärter Binkler als Kolonnenführer bezahlte den Frauen nur 50 Pfg. pro Meter. Das übrige Geld wurde in der Gastwirtschaft von Walter vertont, bis eines Tages die Firma dahinterkam und Binkler nebst seinen mitgebrachten Freunden aus Bunzlau davon jagte. Heute noch hängen im Gasthause Walters Anzüge usw. Vielleicht deshalb, weil das Betrügergeld nicht zum Schuldenden ausreichte. Das Arbeitsamt verhängt mit dem Trost Speersstrafen, es „müßte erst durch das Arbeitsgericht diese Geschichte geklärt werden“. Dr. Markert bearbeitet den Betroffenen die Weiterzahlung der Unterstützung, obwohl Lohnunterschied kein Grund zur Entziehung der Unterstützung sind. Arbeiter und Arbeiterinnen, merkt euch das! Macht Schlag mit euren Gewerkschaften, wählt am 17. November nur eure Interessenvertreterin, die kommunistische Partei.

Die Firma Binkler (Seimentarbeiter) in Halbau heutet junge Mädchen aus und wirft dieselben beim Kleinsten Vergehen auf die Straße. Die Vertreter der Firma helfen tüchtig mitzuarbeiten. Wenn eine Weberin zwanzig Stühle bedienen könnte, würde man ihr zwanzig Stühle geben. Dann wundert sich so mancher Meister, daß ein kleiner Fehler im Stück ist, wofür der Weberin gleich eine Geldstrafe auferlegt wird. Der Firma Binkler gehört noch eine Anzahl Grundstücke. Wir erinnern an die eigene Gärtnerei, an die Hüherzucht, das Gut. Fast ganz Halbau gehört Binkler; es ist schon ein kleiner Kongern. Arbeiter, erkennt, daß alles von erschundenen Arbeitergewerkschaften herkommt. Deshalb wacht auf und kämpft mit uns!

Grünberg

Ausflucht bei den SPD-Arbeitern

In einem Bericht der Ophelmsdorfer SPD lesen wir, daß die Mitglieder mit dem Inhalt eines Briefes ihres Landtagsabgeordneten Simon nicht zufrieden waren! Wir können uns denken, daß die Ophelmsdorfer SPD-Arbeitern mit ihrem Vertreter Simon aus Respekt nicht mehr zufrieden sind. Wir raten den Mitgliedern der SPD, sich ihre Partei einmal etwas näher zu betrachten, vielleicht werden sie dann, daß diese mit dem Kapitalismus aufs engste verbunden ist. Deren veräuerliche Rolle an der Arbeiterklasse dokumentiert sich sehr deutlich in ihrer Spaltungspolitik und ihren schäfstlichen Methoden! Wir fordern jeden ehrlichen Arbeiter auf: Heraus aus der Partei des Arbeitermordes und des Paktentums! hinein in die rote Kampftruppe. Kämpft mit uns, auch gegen Simon und seine Kofraggeber!

Bunzlau

Bunzlauer Merke

Sehr merkwürdig ist es, daß der Kassierer des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, Oswald Meißner, sein Amt zur Aus-

tragung persönlicher Feindschaften benutzen darf. Am Sonnabend veranstaltete die Organisation ein Vergnügen, um mit leerer Ortsklasse zur Verschmelzung mit dem Verkehrsband und den Gärtnern anzutreten zu können. Obwohl die Feier in „geschlossener Gesellschaft“ geplant war, sollten geladene Gäste, ob organisiert oder nicht, Zutritt erhalten. Dieses Recht nahm sich auch der Kraftfahrer Danz, ein junger und anständiger Mensch. Nach zwei Stunden Aufenthalt im Saal gab Meißner demselben das Eintrittsgeld zurück mit der Aufforderung, sofort den Saal zu verlassen. Mit Recht empörten sich darüber die Mitglieder. Der junge Kollege verweigert auf Grund des rüpelhaften Benehmens seinen Eintritt in die Gewerkschaft.

Notwendig erscheint es, den jetzigen Meister Franz Hein, einen bekannten Streikbrecher, vom Stollwerk, Schmatte- und Dinastindustrie, unter die Lupe zu nehmen. Seine Tätigkeit und Fähigkeit ist das Angebot. Während der frühere Besitzer Lengensdorf ihn als „alte Schlammknecht“ begrüßte, scheint der jetzige Betriebsleiter recht gern seine Gestalten zu haben. Franz sucht den erbärmlichen Lohn noch mehr zu drücken. Selbst seine Kollegen, die Meister, schmiert er an. Doch wir sehen den Tag kommen, wo Franz seinen Lohn erhält. Wir werden ihn im Gedächtnis behalten.

Glogau

Auffeinerregender Selbstmord eines Pfarrersohnes

Während des „Gottesdienstes“ entfernte sich am Sonntag der 26-jährige Sohn des Ortspfarrers von Klein-Tschirn, der Dipl. landwirt Herwart Kubner. Die Eltern fanden einen langen Abschiedsbrief des jungen Mannes, der vor dem Doktorexamen stand und sich auf das Examen als Tierzüchtungsinspektor vorbereitete, vor. Er teilte ihnen mit, daß er aus Verzweiflung über das Ausfallslose seiner Laufbahn in den Tod gehe. Er werde sich mit Phosphor vergiften. Seine Kleider finde man an seinem Lieblingsplatz an der Oder. Man konnte seinen Weg bis zur Oder verfolgen. Hier hat er wahrscheinlich das Gift genommen und ist dann, mit Steinen behängt, in den Strom gegangen.

Aus dem Riesengebirge

Jugendlicher Orden und Reichsbanner in einer Front

Zu einem „Auspracheabend“ hatte der Hirschberger Jugenddeutsche Orden aufgerufen. Amtsgeschäftsrat Müller sprach über dessen Ziele und Aufgaben. Ihr höchstes Ziel sei, zwei große Feinde zu überwinden, einerseits das internationale Kapital, andererseits den Bolschewismus. In der Ansprache nahm als erster Redner der Stadtverordnetenvorsteher Herr Blas das Wort. Er schloß sich den Ausführungen des Redners an. Er sagte wörtlich: „Wenn es Ihnen gelänge, so wollten wir den Tag segnen, an dem der Orden gegründet wurde. Weiterer Bau der Verfassung ist nötig, aber mit einem Blick nach vorwärts. Deutschland über alles, wie einst, so jetzt und immerdar!“ Dann erklärte der Reichsbannerführer Stadtverordneter Hölzel von Hirschberg, daß er mit den Ausführungen des Redners einverstanden sei, und das Reichsbanner als solches nach wie vor zum Deutschstum stehe.

Arbeiter und Arbeiterinnen von Hirschberg, trägt es euch zum 17. November ein, geht den Sozialfaschisten am Wahltag die richtige Antwort. Kampf der revolutionären Arbeiter gegen die offenen Faschisten und Sozialfaschisten, das muß unsere Losung sein, gerade weil Herr Hölzel so vor dem Feinde der Arbeiterklasse auf dem Bande ruft. Arbeiter von Hirschberg, erwacht und wählt zum 17. November Kommunisten!

Todessturz eines Segelfliegers

Montag vormittag startete der hier an einem Segelfliegerlehrgang für Fortgeschrittene teilnehmende Polizeiberechtigtermeister Seiler aus Plauen i. S. auf der Maschine „Ferdinand“ zu einem längeren Segelflug. Als er sich etwa 30 Minuten in der Luft gehalten hatte,

wollte er einen Sturzflug ausführen. Hierbei wurde er aus der Maschine geschleudert und stürzte aus beträchtlicher Höhe zur Erde. Hinzueilende Flieger konnten ihn nur noch tot aufheben. Die Maschine selbst wurde etwa 100 Meter entfernt mit nur geringen Beschädigungen aufgefunden.

Kartoffelpreise in Schmiedeberg

Die diesjährige sehr gute Kartoffelernte wird zu einer ungeheuren Verteuerung der Kartoffel ausgenutzt. Daß die „Großten der Nation“ da an der Spitze marschieren, versteht sich von selbst. So verkauft der „Major“ Buchholz seine Kartoffeln vom Ader weg für 4 Mark den Zentner, wohl deshalb, weil es Majorstartoffeln sind. Welcher Unterschied im Preise besteht und welcher Wider getrieben wird, zeigt folgendes: In Hirschberg, von hier 15 Kilometer entfernt, kostet der Zentner 2,50 Mark, in Lomütz, 22 Kilometer entfernt, 2,30 Mark, in Buchwald, 7 Kilometer entfernt, 2,50 Mark, in Schmiedeberg 3 bis 3,50 Mark, und die Majorstartoffeln 4 Mark. Wo bleiben hier die Behörden?

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Breslau
— Stadtpf. West. Alle Mitglieder der Partei und Arbeiterwehr sowie anderer befreundeter Organisationen treten am Mittwoch 15.30. Uhr am Striegauer Platz an.

Kommunistischer Jugendverband

Breslau
— West. Dienstag 20 Uhr Stadtmittgliederversammlung. Bericht vom Verbandstag. Funktionäre eine halbe Stunde über. Buch und Geld mitbringen.

Jung-Spartakus-Bund

Breslau
— Gruppe West. Dienstag 17. Uhr Gruppenabend im „Anglerheim“, Reichenstraße 72.
— Gruppe Süd. Mittwoch 17. Uhr Gruppenabend im „Eisenklotz“, Goltzeistraße.
— Gruppe Ost. Mittwoch 18. Uhr Gruppenabend bei Gaudick, Könißgärtnerstraße.

Sonstige Organisationen

Breslau
— Gruppe sozialistischer Schüler. Dienstag 20. Uhr Eingangs in der Margaretenstraße, Laurentstraße 22/24.
Freiburg. Metallarbeiterjugend. Mittwoch 19.30 Uhr Jugendversammlung im „Sagendheim“, Gasthof „Zur Krone“, Metallarbeiterbüro. Wir fordern alle Jugendfreunde auf, pünktlich zu erscheinen.



Stadt. Sparkasse zu Breslau

Genosse Julius Runze gestorben

Wieder ist ein Kämpfer aus unserer Kampfreihe herausgerissen. In harter Arbeit trifft uns die Nachricht, daß Genosse Julius Runze im Alter von 68 Jahren am Sonntagmorgen verstorben ist.

Die Ueberführung der Leiche zur Einäscherung findet Mittwoch, 11 Uhr vom Trauerhaus, Gleiwitz-Zentrum, Kappelerstr. 2, statt. Wir ersuchen alle Genossen und Arbeiter, reiflich beim toten Genossen das letzte Geleit zu geben.

Kommunistische Partei Deutschlands, Verband für Freiwertertum und Feuerbekämpfung, Ortsgruppe Gleiwitz.

Arbeitslosenzahl über 3000 gestiegen

Die Steigerung der Arbeitslosen- und Hauptunterstützungsziffer setzte sich in dieser Woche fort. Sie ist von 2885 auf 3117 gestiegen, so daß in der letzten Betriebswoche 132 Erwerbslose hinzugekommen sind.

Der amtliche Bericht des Arbeitsamtes Gleiwitz besagt, daß die Zahl der Arbeitsuchenden zurzeit 3117 Personen, und zwar 2768 männlichen und 350 weiblichen Geschlechts, beträgt, die der Hauptunterstützten in der Arbeitslosenfürsorge 1211 Personen (1128 männlich und 83 weiblich), die der Hilfsunterstützung 206 (192 männlich und 14 weiblich) Personen.

Unausgütbar steigen die Elendszahlen an. Größer wird die Not. Fast zweitausend dieser Erwerbslosen stehen ohne Unterstützung da. Der Zentrumsmagistrat mit seinem mageren Sozialetat wird die Not nicht lindern. Was kommt es diesen Herren an, wenn ein Erwerbsloser nach dem anderen Selbstmord begeht.

Vorkläufer zum Republikanschlag

Wald wird es ganz aus sein mit dem höchsten Freiheits der Arbeiter in der freiesten Republik. Schon streckt das neue Republikanschlag seine Krallen gegen die Arbeiter aus.

Arbeitsloser verübt an der Hochspannungsleitung Selbstmord

Die wirtschaftliche Not, die hier unter dem Regime des Zentrums herrscht, hat schon viele in den Tod getrieben. Alle Leute, die sich nichts mehr verdienen können, und Arbeitslose sind es meistens, die aus Verzweiflung Selbstmord begehen.

Rot Front marschiert

Die Kommunistische Partei rief für Sonntag die Gleiwitzer Arbeiter zu einer Kundgebung gegen das NSB-Verbot auf. Viele hundert Arbeiter folgten dem Ruf und sammelten sich am Krakauer Platz zur Demonstration.

Freiges Faschistengehinde

Am Sonnabend fand in den „Vier Jahreszeiten“ eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Partei statt. Der Bezirksleiter Genosse Otto Walter sprach eingehend über das Thema: „Jung-Plan - Volksbegehren - Volksbetrug“.

Achtung, Ortsgruppen!

Die Kandidatenlisten zu den Kommunalwahlen müssen bis Donnerstag, den 31. Oktober, eingereicht werden. Die Sammlungen für den Wahlfonds müssen gesteigert werden. Jeder Genosse muß in seinem Wirkungskreis sammeln.

wort diesen Dingen besonders vor. Als er die Schandtat der Nazis und des übrigen faschistischen Gesindels auflegte, wurden dem Nazi die Hosen voll und er zog es vor, mit seinem mit einem Stod bewaffneten Beschützer zu verschwinden.

Wenn dieses Nazi-Geindel haufenweise einzelnen Arbeitern gegenübersteht, dann sind diese Kämpfe brutal. Hier aber, wo ihnen nur die Wahrheit gesagt wird, da haben sie Angst und zucken sich selbe.

Hindenburg

Feiger Ueberfall auf Genossen Jarosch

Als Genosse Jarosch hat sich gegen die Kommunisten verschrieben. Neben den Polizeiständen mehrten sich die Ueberfälle von Faschisten und anderen Schuften auf kommunistische Arbeiter. In der Nacht von Freitag zu Sonnabend war der Genosse Jarosch in Malate Ueberfall. Er wurde von einer Bande von circa 15 Mann überfallen und schwer verletzt.

Von den seligen Roten sind uns folgende Namen bekannt: Der Bruder Chwalik und ein gewisser Stalil. Hoffentlich erhalten die Schufte bald für ihre feige gemeine Tat ihre verdiente Strafe.

Arbeiter, seid auf der Hut! Solches Gesindel, die Faschisten usw., wird immer frecher, wenn die Arbeiterschaft nicht bald Schluß mit ihnen macht. Die einzige Schutztruppe des revolutionären Proletariats haben die Sozialdemokraten verboten.

Vormwärts ins Glend

In der Berichtwoche vom 17. bis 23. Oktober machte sich ein merkliches Anziehen der Arbeitslosenziffer bemerkbar. Die Zahl der Arbeitsuchenden stieg von 2426 auf 2570, die Zahl der Unterstützungsempfänger von 1456 auf 1506.

Vor den Zug geworfen

Montag morgen gegen 7 Uhr warf sich ein Mann auf der Strecke zwischen Hindenburg und Matjesdorf vor den Personenzug. Der Zug ging über ihn hinweg. Der Behauptete wurde sofort tot.

Autobuslinie 1

Nach Fertigstellung der Straßenarbeiten verkehrt der Autobus der Linie 1 (Hindenburg-Sosniza) seit heute wieder auf der alten Strecke - Bahnhof, Dorotheen- und Sosnizaer Straße.

Änderung im Rentenzahlverkehr

Die Zahlung der Invaliden- und Unfallrenten für November (in Alt-Hindenburg Glöckchenstraße 15, im Stadtlei Zaborsky im Gemeindefeier-Restaurant) findet bereits Donnerstag, 31. Oktober, statt.

Beuthen

Der Arbeitermord beim Hallenbad

Uebrig nach dem Unglück beim Bau des Hallenbades berichteten wir nach der Inaugensichtnahme der Unglücksstelle, daß die Schuld an dem Unglück an der Bauleitung, der Bauausführung und dem schlechten Material liegt.

Die Sachverständigen sind bei der Untersuchung über die Ursache der Einsturzkatastrophen im Neubau der neuen Wabenschicht übereinstimmend zu der Ansicht gekommen, daß eine ganze Reihe von Ursachen vorliegt. Einmal hat das Mauerwerk erhebliche Mängel, insbesondere weist der stehengebliebene Rest der eingestürzten Wand hinsichtlich des verordneten Mörtels schwere technische Fehler auf.

Die Betondecken sind in ihrer Ausführung nach dem übereinkommenden Gutachten dreier Sachverständiger ebenfalls in erheblicher Weise fehlerhaft. Die Ausschulung ist zudem offenbar zu früh begonnen worden. Der für die Ausschulung verantwortliche ist bisher noch nicht einwandfrei festgestellt.

Die Schuldigen sind also die bauausführende Firma und der Auftraggeber. Das sagt allerdings die Staatsanwaltschaft nicht. Zu dem in Aussicht gestellten Strafverfahren haben wir durchaus kein Vertrauen. Was wird da schon herauskommen? Jedenfalls werden wir alles daransetzen, daß die Arbeitermörder ihrer Strafe nicht entgehen werden.

Die Beuthener Arbeiter heben zum NSB

Das Komitee gegen das NSB-Verbot hat die Beuthener Arbeiter zu einer Protestkundgebung gegen das Verbot des Roten Frontkämpferbundes aufgerufen. Zahlreich waren die Arbeiter dieser Aufrufung gefolgt. Am Ring sprach Genosse Walter zu den Anwesenden.

bund ist neben der kommunistischen Partei die Abwehrorganisation des Proletariats. Das ausgerechnet die Sozialdemokratie das Verbot des NSB durchgeführt hat, zeugt von der vollständigen moralischen und materiellen Verumpfung der Sozialdemokratie.

Der 27. Oktober hat bewiesen, daß die Beuthener Arbeiterschaft sich in der kämpflichster werdenden Front derer steht, die den Kampf um die Aufhebung des Roten Frontkämpferbundes führen.

Groß-Sirehlitz

Raubüberfall

Am Sonnabendabend wurde die Frau des Anwesenden Koch vor ihrem Hause in der Gubrunstraße überfallen und der ganzen Tageseinnahme des Kinos beraubt. Der Täter, hinter dem jemand auf die Pfürze der Frau Koch, konnte unerkannt entkommen.

Kreuzburg

SPD. und Nazis abgemeldet

Die Listen für den Freitag sind eingereicht. Nur fünf Parteien haben Listen eingereicht. Das sind die Kommunistische Partei, die Deutschnationalen, das Zentrum, die Volkspartei und die Landvolkfraktion.

Das ist die Folge ihres immer mehr zurückgehenden Einflusses auf Grund des größer werdenden Verrats an der Arbeiter- und Kleinbauernschaft. Nun, die Verklügten des Landes hätten auch so mit diesen Parteien abgerechnet.

Oppeln

Faschistischer Ueberfall des Doppelner „Jörglebel“ Drowski

Die Maßnahmen der sozialdemokratischen Minister und Polizeipräsidenten, das revolutionäre Proletariat niederzuhalten und niederzuschlagen, nehmen immer brutaler, faschistische Formen an.

Am Sonntag haben die Doppelner Arbeiter unter Führung der kommunistischen Partei eine Protestkundgebung gegen das NSB-Verbot durchgeführt. Unter roten Fahnen und transparenten marschierten Hunderte Arbeiter vom Sammelplatz am Schützenhaus ab.

Im Demonstrationzuge befanden sich eine Reihe von Proleten, die in den früheren Akten des NSB mitdemonstrierten. Andere Kleidung hatten die Proleten, die erwerbslos sind, nicht.

Schon an der nächsten Ecke war die Straße durch zwei Bereitschaftswagen und etwa hundert Mann Polizei zu Fuß und zu Pferde gesperrt. Die in Ritteln beladenen Proleten wurden festgenommen und auf den Lastwagen geworfen.

Der Genosse Jendrosch, der mit bei den Verhafteten war, begab sich sofort zu dem Polizeimajor Jitschin, um die Entlassung der Verhafteten zu erwirken. Bezeichnend war das Verhalten des katholischen Südböhmer-Faschisten. Er verweigerte dem Genossen J., daß er der Personalfragestellung der Verhafteten beiwohnen konnte.

So sieht das Gesicht der freiesten Republik der SPD-Minister und Polizeipräsidenten aus: Die Arbeiterschaft von Oppeln hat trotz des frechen Ueberfalls durch die Garben von Drowski die Kundgebung durchgeführt. Auf dem Tuchmarkt wurden Ansprachen zu den Hunderten von Proletariern gehalten.

Nun erst recht: „Rot Front!“

Täglich Das so gesunde Dr. Senftner-Brot

essen als Heilung und Vorbeugung gegen Arterienverkalkung, Tuberkulose, Rheumatismus

Aufklärungsschrift und Verkaufsnachricht

Dr. Senftner & Co. G. m. b. H.

Hindenburg

Oskar Kublick

Technisches Büro
Tel. 3608 Wallstraße 5 Tel. 3608
Sanitäre Anlagen / Wasserversorgungen / Kanalisations-Anlagen

Gebr. Bauckmeyer

Fernruf Nr. 2345/2346 - Scheideplatz Nr. 13
Baugeschäft
Unternehmung für Hoch-, Tief-, Beton- und Eisenbetonbau

Reserviert W. H.

Telephon 2034

Gesundheitstechnische Anlagen, Zentralheizungen Kanal-, Wasserleitungsanlag.

Felix Welsner, Hatzfeldtstr. 18

Strassenbaugeschäft Malura

Ausführungen sämtlicher Strassen- u. Tiefbauarbeiten

Säge-u. Hobelwerk

Einschnitt speziell von Liffenkantholz
Carl Unger, Haldenstr. 1

Otto Hönsch, Zimmermstr.

Telephon 2824

Baugesch. für Hoch- u. Tiefbau Beton- und Eisenbetonbau
Dorotheenstraße 63

Reserviert L. & B.

Adolf Gurski

Dorotheenstraße
Fleisch- und Würstwaren

Gute und Herrschaftliche Spezialgerichte
Felix Bergesfall
neben dem Admiralspalast

Reserviert

Wilhelm Kopret

Kronprinzenstraße 546 / Tel. 3717
Tiefbau
Installationsgeschäft / Kanalisation
Heizungsanlagen

Wettbewerbshaus Himmelreich
gegenüber Admiralspalast
Das billigste Konfektionsgeschäft

Reserviert Nr. 152

Reserviert

Fahnenbetrieb Joh. Jaffe
Sand-, Kies- und Dolomit-Lieferungen
Kronprinzenstraße 210

Reserviert Nr. 153

Alle Freunde des Hochschlitts werden
aus la Menge Geld
beim Vater Kreischer
Kronprinzenstraße

Rathen Morgenstern
Spezialgeschäft für Damen- u. Herrenkonfektion
Kronprinzenstraße 204

Das billige Schokolad. u. Süßwaren-
geschäft Mag. Tichauer, Hindenburg,
Bahnhofstr. 1; Gleiwitz, Wilhelmstr. 23

Grättners Seifen-Niederlage
Kronprinzenstraße 289

Richard Sauer

Tiefbau / Installation
Schlosserei
Broschierung und Ausführung von
Kanal- u. Entwässerungsanlagen, sowie
Kanal- und Kanalarbeiten,
Kanalisationen, Abwässerung
Schweißerei

Antifrostbehandlung ex. gros
Die besten Winterartoffeln liefert nur
Emil Gaiba, Körnerstraße 19

Hindenburg-Biskupitz

Wi. Waisel-Drogerie
Mag. Altesch / Telephon 2384
Farben, Öle, Parfümerien, Seifen,
Kosmetik

Konfitüren / Kaffee / Weine
Kauf Siegmund, Beuthener Str. 15

Mehl - Kolonialwaren - Feinkost
R. Stornpfe, Beuthener Str. 79

Miechowitz

Hugo Schindlers Gärtnerei
Arbeiterverehrungslokal / ff. Getränke
Angenehmer Familienaufhalt
Großer Saal und Garten
Hindenburg Str. 54

Ohlau

Richard Häber / Friseur
Ring 15

Reserviert

Genossen,
berücksichtigt beim Einkauf
unsere Inserenten

Gleiwitz

Wienig & Gubernmann, Turnstraße 7
Nähen / Näh- und Stickerarbeiten
Eigene Reparaturwerkstatt

Carl Silliger

Pilsenerstraße 53
Milchwaren, Sau- und Käsegerichte
Bäckereierzeugnisse

Räderwagen
G. Guttmann, Beuthener Straße 14

Tabakwaren - Spirituosen - Weine
Franz Schynoff, Bahnhofstraße 16

Offen Eichen / Tischlerwerk
Mühlbühlstraße 6
Schneiderei Neubauer Straße 5

Neusalz

H. Hentschel / Markt
Schuhwarenhaus
Reparaturen

Mag. Eichenbach, Berliner Straße 19
Beste Bezugsquelle sämtlicher
Kolonialwaren und Spirituosen

Damen-Frisier-Salon
W. Fischer
Freystädter Str. 5

Arbeiterkleidung, nur Qualitätsware
Friebel & Grote, Friedrichstraße 15

Bäckerei und Konditorei
empf. Reinhold Gode, Friedrichstr. 80

August Ansel, Friedrichstraße 29
Fiederhandlung

M. Zuckermann, Markt 2
Herren-, Knaben-
u. Berufskleidung

Striegau



Spezialmarke:
Drei Berge Gold

Robert Goldbach, Güntherstraße 16
Feine / Lederwaren / Hüte

BRAUEREI
GEBRÜDER THIEL
empfehlen
erhellende Lagerbiere

Paul Räßig, Güntherstraße 6
Leber- und Schuhmacher-Bedarfsartikel

Karl Tietz, Güntherstraße 7
Alle Arten
Lederwaren / Polsterwaren / Koffer-
und Sportartikel / Metall-Betten

Carl Radler, Ring 35
Modewaren / Hüte / Herrenartikel

+ Frauen-Drogerie +
Karl, Kalms, Ring Nr. 17

TRINKT KÜHNPAK-KORN

Bittners Molkerei
empf. sämtl. Molkerei-Produkte

Walb Krüger, Bahnhofstraße 20
Fleischerei und Würstwaren

Eisenwaren, Werkzeuge, Wirtschaftskart.
Emil Die, Schweibitzer Straße 6

Biergroßhandlung
Otto Kosmahl
empfehlen
Maas- und Klink-Biere
Mineral-Wasser

R. Schwabe, Ring 9
Damen-Konfektion
Stoffe aller Art
Wäsche, Strümpfe usw.

Karl Vogt, Güntherstraße 11
Schneiderei / Metallarbeiten

Man kauft gut
bei Larisch, Ring 14

Beuthen

Teppiche, Gardinen, Möbelstoffe
Tisch- und Divandeecken finden Sie bestens und in großer Auswahl im

Teppichhaus Wachsmann

Beuthen OS., Dungsosstr. 39 * Gleiwitz, Wilhelmstraße 44

Bäckerei
Franz Dieckl
Freiheitsstraße 3

Arbeiter- und
Berufs-
Kleidungshaus
Friedr.-Wilh.-Ring 6

Butter-Haus „Roland“
Beste Waren - billigste Preise
außerdem 5 Prozent Rabatt

Geld
gibt sofort auf Pfänder
Leihhaus Beuthen O/S.
Gymnasialstraße 6a.

Neisse

Kaufhaus Tobias Wegner

Einkaufsquelle d. org. Arbeiterschaft

Gebirgsleder-Waren
Kaufhaus
G. M. Schramm, Dresdenstr. 26

Gesellschaft, Ede Schloßstraße 10
Lebensmittel, Feinkost-Güter
Einkaufsquelle
der organisierten Arbeiterschaft

Neustadt

Heinrich Haas / Odervorstadt 13
Groß-Schneiderei
empfiehlt Weine und Spirituosen

Oswald Michael, Neue Straße 3
Kolonialwaren, Delikatessen
Obst und Gemüse

Trinkt Giesmannsdorfer Bier

Ratibór

Hausfrauen verlangen nur Adolph Hoffmanns Seifenfabrikate!

- 1. Die allbekannte gep. Seife „Meine Sorte“
2. Die neue hochwertige ungepackte Kernseife „Edelsorte mit dem Rotstempel“

Kaufhaus D. Silbermann

Das Haus der großen Auswahl!

Heinrich Harbolla „Das große Spezialgeschäft“

Domstraße 3 Damen- und Mädchenbekleidung
Einkaufsquelle der Frauenorganisationen

„Silesia“ Inh. Carl Galmann
Bahnhofstraße 1
Haus- und Küchengeräte
Einkaufsquelle d. org. Arbeiterschaft

Max Jacobowitz
Su. Gelegenheiten
Eichenbühlstraße 22

Kainer & Zernik

Das führende Haus
für Damenkonfektion und Modewaren
Ring, Ecke Oderstraße

Hugo Martinus / Domstraße 8
Kurz-, Hoch-, Bekleidungs-
Textilien, Strümpfe
Damenhüte und Hüte

Reserviert

Strumpfhaus Mehner
Spezialgeschäft für Qualitätsstrümpfe
Herrenartikel
Neue Straße 10

Robert Connel, Neue Straße 5
Herrenbekleidung

Walter Schneider, Lange Straße 6
Ist die richtige Bezugsquelle
für Lederwaren, Lederwaren
und Kofferwaren
Einkaufsquelle der org. Arbeiter

Kaufhaus Louis Bartenstein
Ring 6a und 7
Seit 70 Jahren führend am Platz

Berner Malowski
Herrenhüte, Hüte
Neue Straße 12

Schuhwaren
Größte Auswahl - niedrige Preise
Schuh- und Lederwaren
J. Weigl, Neue Straße 16
Einkaufsquelle der org. Arbeiterschaft

Wüstegiersdorf
Schulzenhaus Kaltwasser
E. Strauch
Bestes Kauflokal / Sonntag-Laden

Ernst Teichmann
Kleiderstoffe, Bettwäsche, Haus- und
Küchenmöbel, Textilien
Hauptstraße 1

ERICH VOGT
Hauptstraße 55
Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte

Robert Böhm, Hauptstraße 145
ff. Ausschleiß-
Klein- und Schneidwerkzeuge

Striegau-Araben
Verlangt stets
Haselbach- u. Schultze-Biere
Paul Sperlich, Gräben 1

Leinen- und Baumwollwaren
Lassen Ländler und Bräute preiswert
im Bismarckbörse
Leinenhaus E. Bunsch

Friedland
Damen-Hüte
Erwin Herrmann, Weiß- u. Dollwaren
Schloßstraße 218

Trinkt Milde-Bier Brauerei Friedland OS.

Telephon 61